

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2023 08

MILITÄREMISSIONEN

Der russische
Angriffskrieg verschärft
die Klimakrise

WTO

Ngozi Okonjo-Iweala
ist nicht nur für Afrikas
Frauen ein Vorbild

KULTUR-SPEZIAL

Die E+Z-Redaktion
empfiehlt Bücher, einen
Film und Musik



Biodiversität schützen

Editorial

- 3 **HANS DEMBOWSKI**
Die EU hat die Pflicht, die Natur wiederherzustellen, anerkannt

Magazin

- 4 **MUSTAFA SHRESTHA**
Russlands Angriffskrieg befeuert die Klimakrise
- 5 **HANS DEMBOWSKI MIT ANNA-KATHARINA HORNIDGE**
Ein Menschenrecht auf zuverlässige Information wäre sinnvoll
- 8 **BIMBOLA OYESOLA**
Die Spitzenfrau der WTO ist ein afrikanisches Vorbild
- 10 **MICHAEL B. KRAWINKEL**
Hunger leidende Jungen dürfen nicht vergessen werden
- 11 **SABINE BALK**
Die SDGs sind bald nicht mehr zu erreichen
- 12 **MIREILLE KANYANGE**
Heutzutage: Unfruchtbarkeit in Burundi / Impressum

Kultur-Spezial

- 13 **KATHARINA WILHELM OTIENO**
Die Musik des „Nile Project“ fließt über Grenzen hinweg
- 15 **HANS DEMBOWSKI**
Südindischer Roman über Frauenrechte im Wandel der Zeit
- 17 **JÖRG DÖBEREINER**
Der Film „The Woman King“ ist sehenswert

Debatte

- 18 **HANS DEMBOWSKI**
Schlecht austarierte Weltordnung
- 19 **ANDRÉ UZULIS**
Bundeswehr ist zu lange in Mali geblieben

Schwerpunkt: Biodiversität schützen

- 21 **INTERVIEW MIT JOCHEN FLASBARTH**
Wie sich Erfolg bei multilateralen Umweltgipfeln erreichen lässt
- 23 **MIN QINGWEN UND GUA XUAN**
Chinas wertvolle landwirtschaftliche Traditionen
- 25 **DAVID MFITUMUKIZA**
Natur, Viehzucht, Felder: widerstreitende Interessen in Ugandas Cattle Corridor
- 27 **INTERVIEW MIT MELISSA DE KOCK**
Versöhnung von Biodiversität, Landwirtschaft und Menschenrechten
- 29 **YAW BOAKYE AGYEMAN ET AL.**
Ghanaisch-deutsche Forschungskooperation zur Optimierung von Biosphärenreservat
- 31 **THUANY RODRIGUES**
Brasiliens Umweltministerin Marina Silva will Ruf für guten Forstschutz zurückgewinnen
- 33 **ZULMA M. VARGAS UND KATJA DOMBROWSKI**
Naturschutzbestrebungen in Bolivien

SCHWERPUNKT

Biodiversität schützen

Biologische Vielfalt hat mehrere Dimensionen. Die Zahl der verschiedenen Arten ist wichtig, aber auch ihre genetische Vielfalt sowie die Bandbreite der Ökosysteme sind erhaltenswert. Die Resilienz der Natur hängt von sämtlichen Dimensionen ab. Ihr Verlust bedroht die Lebensgrundlagen der Menschheit, denn die Landwirtschaft kann nicht gedeihen, wo die Umwelt kollabiert. Das UN-Übereinkommen über die biologische Vielfalt ist daher ebenso wichtig wie die Klimarahmenkonvention.

Titelseite: Fischzucht im Reisfeld in Chinas Provinz Zhejiang.
Foto: picture alliance/Xinhua News Agency/Xu Yu





Unser Schwerpunkt zu Biodiversität beginnt auf Seite 20. Er hat direkten Bezug zum 14. und 15. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Leben unter Wasser und Leben an Land.

Anerkannte globale Pflicht

Im Europaparlament haben Mitte-rechts-Parteien zusammen mit Rechtspopulisten im Juli versucht, eine wichtige ökologische Gesetzesinitiative zu stoppen, die zum European Green Deal der Europäischen Kommission gehört. Am Schluss fehlten ihnen zwölf Stimmen, aber es gelang ihnen, den Entwurf des Gesetzes zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law) zu verwässern.

Spitzenleute der Europäischen Volkspartei, zu denen unter anderen die deutschen Christdemokraten gehören, gaben sich „pragmatisch“, weil sie Lasten für Landwirtschaft und Verbraucher*innen vermeiden wollten. Das ist gefährlicher Unsinn. Der Schutz der biologischen Vielfalt ist weltweit dringend nötig, und er erfordert die Restaurierung von Ökosystemen. „Weiter so“ kommt nicht infrage, denn eben diese Haltung hat uns die globale Umweltkrise beschert – mit ihren verschiedenen, sich wechselseitig verschärfenden Trends der Erderhitzung, des Artenschwunds und der Wüstenbildung. Der European Green Deal ist ein stimmiges Gegenrezept.

„Der gesamte European Green Deal mag teuer erscheinen – im Vergleich dazu, was Nicht-handeln langfristig bedeuten wird, ist er trotzdem preisgünstig. Und lebensbejahend.“

Um die Klimakrise zu bremsen, müssen wir die Naturzerstörung stoppen. Intakte Ökosysteme speichern CO₂. Sie sind auch für den Wasserkreislauf wichtig und widerstehen Dürren ebenso wie Fluten. Sie sind in dem Wortsinne „gesund“, weil sie die Wahrscheinlichkeit klein halten, dass Krankheiten von einer Art auf die nächste überspringen. Sie helfen also, Pandemien zu vermeiden.

Was heute als „konventionelle“ Landwirtschaft gilt, ist dagegen nicht nachhaltig. Der hohe Einsatz von Pestiziden und Kunstdünger reduziert die Biodiversität. Großbetriebe sind zudem energieintensiv.

Insbesondere die industriell betriebene Fleisch- und Milchproduktion treibt die globale Erwärmung an. Sie führt auch zu antibiotika-resistenten Krankheitserregern und belastet das Grundwasser mit Nitrat. Europas Landwirtschaft ist – anders als ihre Lobbyorganisationen beteuern – nicht auf Naturschutz ausgerichtet.

Dieser muss aber zum European Green Deal gehören. Ohnehin sind die Ökosysteme von Ländern mit hohem Einkommen oft in besonders schlechtem Zustand. Dieselben Länder haben historisch die meisten Treibhausgasemissionen verursacht. Der ökologische Fußabdruck europäischer Nationen bleibt weiterhin pro Kopf recht groß. Die EU hat deshalb eine globale Pflicht, zu handeln. Ihre Mitgliedsländer haben das mit ihrer Zustimmung zu den Biodiversitätszielen des UN-Gipfels von Kunming/Montreal im Dezember auch bestätigt.

Die biologische Vielfalt der Erde schwindet deprimierend schnell. Laut WWF sind die Populationen von Wildtieren in den vergangenen fünf Jahrzehnten im Schnitt um 69 Prozent zurückgegangen. Laut IUCN sind 42 000 Arten vom Aussterben bedroht.

Es kommt aber nicht nur auf die Zahl der Arten an, sondern auch auf die Bandbreite der verschiedenen Ökosysteme sowie die genetische Vielfalt innerhalb einzelner Arten. Von all diesen Dingen hängt die Widerstandskraft der Natur ab. Sie zu schützen, bedeutet künftigen Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen. Versagen führt dagegen in die Katastrophe.

Das steht wissenschaftlich fest, ist also keine Frage von Ideologie oder Romantik. Handeln ist nötig und kostet auf nationaler und internationaler Ebene Geld. Wenn die europäische Politik Wälder und Feuchtgebiete nicht schützt, kann europäische Diplomatie Partner auf anderen Kontinenten nicht glaubwürdig dazu auffordern, Ökosysteme dort zu schützen. Das Nature Restoration Law muss wie von der Kommission vorgesehen in Kraft gesetzt werden. Der gesamte European Green Deal mag teuer erscheinen – im Vergleich dazu, was Nicht-handeln langfristig bedeuten wird, ist er trotzdem preisgünstig. Und lebensbejahend.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von **E+Z/ D+C**.

euz.editor@dandc.eu



Feuer nach Einschlag russischer Raketen in Ö Raffinerie und Öldepot in Odessa, 2022.

UKRAINE

Krieg befeuert Klimakrise

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine verursacht erhebliche Treibhausgasemissionen. Er verdeutlicht, wie Klimaschutz und Sicherheitspolitik zusammenhängen.

Von Mustafa Shrestha

Eine Studie der Initiative on GHG Accounting of War gibt Aufschluss über die Folgen des Ukrainekrieges für das Klima. Die Forschung wurde vom Umweltministerium der Ukraine gefördert. Lennard de Klerk und sein Team untersuchten die Treibhausgasemissionen des ersten Kriegsjahres.

Sie berücksichtigten erstens die Emissionen aus direkten Kampfhandlungen und den dabei entstehenden Bränden. Zweitens verbrauchen militärische Fahrzeuge viel Sprit, und Truppen und Ausrüstung wurden über weite Strecken an die Fronten transportiert. Entsprechend erfasste das Team auch die Treibhausgase, die bei der Vorbereitung des Krieges entstanden sind.

Drittens ist auch die Nachkriegszeit relevant für die Klimabilanz. Wenn wieder Frieden einkehrt, gilt es, zerstörte Gebiete wieder aufzubauen. Baumaßnahmen sind aber energieintensiv und verursachen hohe Emissionen.

Auf der Basis ihrer Daten schätzen de Klerk und sein Team die CO₂-Bilanz von 12 Monaten Krieg auf circa 120 Millionen Tonnen:

- 21,9 Millionen Tonnen durch direkte Kampfhandlungen und militärischen Transport,
- 17,7 Millionen Tonnen durch Brände,
- 2,7 Millionen Tonnen durch die Migration von Geflüchteten sowie
- 12 Millionen Tonnen durch Flugumleitungen wegen gesperrter Lufträume.
- Besonders klimaintensiv werde der Wiederaufbau von Wohngebieten und Infrastruktur sein, für die 50,2 Millionen Tonnen veranschlagt werden.
- Die Sabotage der Nord-Stream-Gaspipeline wird als größtes Einzelereignis mit 14,6 Millionen Tonnen verbucht.

Das Gesamtvolumen entspreche, so die Studie, den jährlichen CO₂-Emissionen Belgiens. Der Krieg schade also dem Klima im selben Maße wie das Alltagsleben einer mittleren europäischen Industrienation.

Die ersten sechs Kriegsmomente waren den Fachleuten zufolge besonders klimaschädlich. Direkte Emissionen durch Schusswaffen und den militärischen Transport blieben über das Jahr zwar konstant,

doch in den kalten Wintermonaten entstanden weniger Brände. Zu Beginn des Krieges verschoben sich zudem die Fronten häufiger. Die damit einhergehende Zerstörung verursachte immense Mengen an Treibhausgasen, wie das Expertenteam ausführt.

Die CO₂-Bilanz könne aber auch günstiger ausfallen, wenn die internationale Gemeinschaft den Wiederaufbau großzügig unterstütze, um klimaschonende Methoden zu fördern. Die Autorengruppe weist darauf hin, dass das Pariser Abkommen für solche Fälle Finanzierungsmodelle enthält.

Mittelfristige Folgen des Krieges könnten in Europa den Klimaschutz sogar stärken. Er wird, wie die Studie urteilt, die Energiepolitik prägen. EU-Mitglieder wollten weniger abhängig von russischen Gasimporten werden. Folglich verliere Erdgas als Brückentechnologie an Bedeutung. Gleichzeitig werde der Ausbau der erneuerbaren Energien vorangetrieben.

Für den ukrainischen Energieminister German Galushchenko gehen Klimaschutz und Sicherheitsinteressen Hand in Hand. Russland habe von Oktober 2022 bis Mai 2023 das ukrainische Energienetz mehr als 270-mal attackiert. Der Krieg habe die Ukraine gezwungen, den Ausbau erneuerbarer Energien zu beschleunigen. Wie der Minister betont, erlaube dies, Strom dezentral zu produzieren. Dies mache das Energiesystem weniger verwundbar gegenüber Angriffen.

Vor Ausbruch des Krieges hatte die Ukraine ambitionierte Klimapläne veröffentlicht. Das Land hatte versprochen, seine Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 zu reduzieren. Bevor die Ukraine allerdings in grüne Energien investieren könne, müsse zunächst Stabilität einkehren, betont der Bericht der Initiative on GHG Accounting of War. Solange dies nicht der Fall sei, werde das Land gezwungen sein, seine Wirtschaft weiterhin auf das Militär hin auszurichten.

Ein solcher nachhaltiger Frieden kann allerdings noch lange dauern – währenddessen verschärft sich die Klimakrise weiter.



MUSTAFA SHRESTHA
ist Student für Online-Journalismus an der Hochschule Darmstadt.

Er hat diesen Text im Rahmen seines Praktikums bei E+Z/D+C verfasst.
euz.editor@dandc.eu

WELTINFORMATIONSORDNUNG

Soziale Medien sind wichtig

Demokratie hängt davon ab, dass das Wahlvolk aufgrund von Fakten und evidenzbasierten Analysen entscheidet. Ein Menschenrecht auf zuverlässige Informationen wäre nützlich. Das mag utopisch klingen – wäre aber eine stimmige Antwort auf die Desinformation, die in sozialen Medien wuchert.

Von Hans Dembowski mit Anregungen von Anna-Katharina Hornidge

Globale Systeme der Wissensproduktion und -vermittlung sind nicht neutral. Länder mit hohem Einkommen prägen seit langem die international akzeptierten Normen der Wissensproduktion, der Qualitätskontrolle und Kommunikation (wie etwa Veröffentlichungskonventionen). Die angesehensten und am besten ausgerüsteten akademischen Institutionen sind meist in Nordamerika, Europa und Australien. Obendrein haben Spitzenleute dieser Institutionen besonders leichten Zugang zu international einflussreichen Massenmedien.

Entsprechend haben wissenschaftlich und journalistisch Tätige aus Nordamerika und Europa einen substanzial stärkeren Einfluss auf globale Debatten. Das hat Folgen darauf, ob ein globales Problem auch weltweite Aufmerksamkeit gewinnt oder doch regionalen Einrichtungen überlassen bleibt.

Die Weltinformationsordnung bleibt unausgewogen, wie unter anderem die Klimakrise zeigt. Länder am Äquator sind auf substanzial härtere Weise betroffen, denn ihre Erwerbssysteme hängen von Umwelt und Jahreszeiten (etwa für Landwirtschaft und Fischerei) ab. Die Hauptverursacher des Klimawandels nehmen ihre Sorgen aber nur begrenzt und (zu?) spät ernst.

In den 1970er- und 1980er-Jahren versuchte die UNESCO solche Dinge anzugehen. Anläufe eine – wie es damals hieß – „neue Weltinformationsordnung“ zu schaffen, führten nicht zu befriedigenden Ergebnissen. Wissensproduktion und -vermittlung blieben weitgehend das Privileg reicher Nationen. Es half, dass die Informationsflüsse, die sie generierten, vielfältig genug waren, um einem gewissen Maß an Pluralismus zu genügen, auch wenn von gleichberechtigter globaler Repräsentanz keine Rede sein konnte. Die Informationen war genügend evidenzbasiert, um Faktenprüfungen zu bestehen. Das bestehende System hatte klare Schwächen, aber staatlich kontrollierte Forschung und Medien aus der Sowjetunion und anderen Einparteieregimen hatten keine vergleichbare Glaubwürdigkeit.

Nach dem Fall der Berliner Mauer schwand das Interesse am Thema. Heute ist das wieder anders, denn die multilaterale

Arena erscheint zunehmend fragmentiert – globalen Agenten wie etwa den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) zum Trotz. Erschwerend hinzu kommt der Rechtspopulismus, der typischerweise oligarchische Interessen stärkt und vielerorts die Demokratie bedroht – und zwar gerade auch in Ländern mit hohem Einkommen.

GLOBAL GELENKTE AUFMERKSAMKEIT

Obendrein hat sich globale Informationsvermittlung dramatisch verändert. Soziale Medien sind sehr wichtig geworden. Sie steuern in hohem Maß internationale Aufmerksamkeit und damit auch internationale Debatten. Leider sind sie dafür ungeeignet.

Sie helfen zwar Menschen mit hoher Medienkompetenz, aktuelle Entwicklungen zu verfolgen, setzen aber andere dem Risiko aus, auf Propaganda und Fake News hereinzufallen. Wer soziale Medien effektiv nutzen will, muss zuverlässige von unzuverlässigen Quellen unterscheiden und manche Fakten auch selbständig überprüfen können.

Herkömmliche Medien erfüllen ihre Aufgabe des Agenda-Settings nicht immer gut, aber sie bemühen sich in der Regel wenigstens darum. Glaubwürdigkeit ist nämlich für ihr Geschäftsmodell wichtig, und nationale Gesetze machen sie für manche Falschaussagen haftbar. Was in sozialen Medien passiert, ist dagegen auf kurzfristige Wirkung ausgerichtet und weitgehend unreguliert. Accounts werden unter Pseudonymen geführt und Nachrichten frei erfunden. Haftung gibt es praktisch nicht.

Obendrein sind die großen Plattformen auf den Austausch von Individuen ausgerichtet und nicht auf institutionelle Kommunikation. Manche Personen mit hoher wissenschaftlicher oder journalistischer Kompetenz haben durchaus hohe Reichweiten, aber Institute und Zeitungen tun sich schwer. Meinungsmachende ohne echte professionelle Qualifikation finden derweil durchaus breiten Anklang. Wer Lügen verbreiten will, kann neue Social-Media-Adressen und Nachrichten frei erfinden. Die russische Internet Research Agency ist dafür bekannt, in industriellem Maßstab auf diese Weise Propaganda zu betreiben.

Eine demokratische Öffentlichkeit braucht auf der Basis zuverlässiger Daten und Fakten unzensurierte Informationen und Meinungsfreiheit. Weder der Staat noch



Algorithmen dienen Konzerninteressen: Firmenzentrale von Twitter in San Francisco (vor der von Eigner Elon Musk jüngst gestarteten Umbenennung zu „X“)...



... und von Facebook-Mutter Meta im nahe gelegenen Silicon Valley.

mächtige Interessengruppen dürfen Debatten kontrollieren oder verzerren.

Soziale Medien sind aber nicht so offen, wie sie auf den ersten Blick wirken, denn die Plattformen gehören oligopolistischen Konzernen. Oligopole entstehen grundsätzlich, wenn Güter oder Dienstleistungen Netzwerke erfordern. Die Plattformen erwecken zwar den Eindruck, die Algorithmen seien nur auf die Wünsche der Nutzenden ausgerichtet. Tatsächlich dienen sie aber Konzerninteressen. Deshalb reagieren Algorithmen auch auf bezahlte Werbung und nicht nur auf Publikumsgewohnheiten. Dass Kritik und Zweifel an sozialen Medien dort kaum Echo finden, ist kein Zufall.

Algorithmen sind sogar dazu programmiert, Publikumsgewohnheiten zu verändern, indem sie die Aufmerksamkeit möglichst auf der eigenen Plattform halten und nicht zum Zugriff auf gründlicher recherchierte Informationen anderswo ermutigen. Um Leute am Bildschirm zu halten, versorgen die Algorithmen sie kontinuierlich mit präferierten Narrativen – ohne viel Rücksicht auf Fakten und Evidenz. Es gibt Warnungen, der Zustand permanenter Aufgeregtheit mache psychisch abhängig. Belegt ist auch, dass der Strom immer extremerer Botschaften Individuen radikalisiert hat.

Selbst in Ländern mit hohem Einkommen bleibt die Regulierung sehr schwach. In den USA entscheiden die Plattformen weitestgehend selbst, in welchem Maß sie Inhalte moderieren. In der EU gibt es immerhin die Pflicht, Hassrhetorik innerhalb von 24 Stunden nach Meldung vom Netz zu nehmen. In beiden Rechtsräumen ist es aber legal, anonym demokratiegefährdende Lügen zu verbreiten.

Auf unserem ungleichen Planeten sind Probleme typischerweise in Ländern mit geringen Kapazitäten größer. Für afrikanische und asiatische Sprachen fällt Moderation von Inhalten weitgehend aus. Selbst Spanisch erhält weniger Aufmerksamkeit als Englisch. Beunruhigenderweise neigen Regierungen mit autoritären Tendenzen zudem dazu, soziale Medien entweder zu verbieten oder sie gefügig zu machen.

Die Rechte der Menschen, die die Plattform nutzen, spielen dann keine Rolle. Es stimmt natürlich, dass TikTok ein chinesisches Unternehmen ist und Telegram in Russland gestartet wurde und seinen Sitz in Dubai hat. Als korrigierende Gegengewichte zu Facebook, Twitter und Instagram sind sie aber ebenso nutzlos wie früher die sowjetische Nachrichtenagentur Tass im Vergleich zu Reuters oder AP.

DEMOKRATIE FÖRDERN

Demokratie ist heute weltweit bedroht, und die sozialen Medien tragen dazu bei. Wir brauchen so etwas wie ein Menschenrecht auf zuverlässige Information. Wie die UNESCO-Erfahrung mit der Diskussion über die neue Weltinformationsordnung lehrt, lässt sich das nicht schnell verwirklichen. Die Geschichte zeigt aber auch, dass das, was heute utopisch wirkt, morgen normal sein kann. Diese Idee ist verfolgenswert.

Regierungen, die beanspruchen, Demokratie zu fördern, sollten derweil soziale Medien nicht sich selbst überlassen. Zumindest müssen sie Haftungsregeln auf nationaler und möglichst auch supranationaler Ebene schaffen. EU-Normen entwickeln sich immer wieder zum interna-

tionalen Standard. Ihr neues Gesetz über digitale Dienstleistungen (DSA – Digital Services Act) geht viele Probleme an, führt aber keine vollständige Haftung ein und enthält auch keine strengen Regeln gegen potenzielle Radikalisierung durch inhaltliche Empfehlungen. Es handelt sich um komplexe Gesetzgebung, deren Wirkung auch von richterlichen Entscheidungen abhängt (siehe Box nächste Seite).

Jedenfalls sollten Geberregierungen Partner dabei unterstützen, den virtuellen Raum sinnvoll zu regulieren. Forschungs- und Medienkapazitäten zu fördern, bleibt ebenfalls wichtig – und zwar besonders in Ländern mit niedrigen Einkommen.

Wenn die SDGs erreicht werden sollen, müssen Gesellschaften weltweit die großen globalen Herausforderungen verstehen. Lügenpropaganda muss entsprechend eingedämmt werden. Wer gegen Minderheiten hetzt, die Gefahren der Klimakrise herunterspielt und mit Verschwörungstheorien Angst macht, nutzt nicht einfach die Meinungsfreiheit, sondern gefährdet die Zukunft der Menschheit. Solche Leute müssen ihr Gesicht zeigen und für den Schaden, den sie anrichten, haften. Wir brauchen auch wirkungsvolle Strategien, um Lügenpropaganda mit gefährlichen Narrativen entgegenzuwirken.

Folglich sollten demokratische Regierungen ihre eigenen Medienstrategien überdenken. Bisher nutzen sie recht naiv soziale Medien. Die große Frage ist, ob ihre Präsenz auf bestimmten Plattformen diesen Plattformen unverdiente Legitimität beschert und ob das unter Umständen die zusätzliche Reichweite überwiegt. Die Menschheit braucht für globale Probleme globale Lösungen – der Rechtspopulismus lehnt aber schon die bloße Idee globaler Lösungen ab.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z/
D+C. Er hat das Manuskript
auf der Basis eines längeren
Gesprächs verfasst.

euz.editor@dandc.eu



ANNA-KATHARINA HORNIDGE
ist Direktorin von IDOS, dem
German Institute of
Development and

Sustainability in Bonn.

https://twitter.com/annak_hornidge

Systemische Risiken in den Griff bekommen

Mit dem Gesetz über digitale Dienste (DSA – Digital Services Act) geht die EU ernste Probleme der Onlinekommunikation auf innovative Weise an. Unter anderem sollen große Plattformen nicht nur illegale, sondern auch scheußliche Inhalte einhegen. Erfolg könnte das DSA zum internationalen Vorbild machen. Es ist jedoch sehr vielschichtig, und manche Normen sind nicht klar definiert. Juristen warnen, Gerichte würden viel Arbeit mit der Auslegung bekommen.

Das DSA trat im November 2022 in Kraft, und im Februar 2024 werden alle seine Normen EU-weit gelten. Es soll:

- sicherstellen, dass der digitale Raum sicher und offen ist, wobei die Grundrechte aller Parteien geschützt werden, und
- gesunden wirtschaftlichen Wettbewerb ermöglichen, der zu Firmengründung und Innovation ermutigt.

Für den Journalismus und seine demokratischen Funktionen ist die Redefreiheit besonders wichtig. Sie sollte nicht als Erlaubnis zu Lug und Trug missverstanden werden (siehe meinen Beitrag in der D+C/E+Z Digitalen Monatsausgabe 2022/12, S. 10). Zu Recht stützt sich das DSA auf ein nuanciertes Konzept, um Wahrheit zu fördern.

Für unterschiedliche Unternehmen gelten dabei unterschiedliche Regeln. Sehr große Onlineplattformen (VLOPs – Very Large Online Platforms) und entsprechende Suchmaschinen (VLSEs – Very Large

Search Engines) unterliegen den strengsten Pflichten. „Sehr groß“ heißt, dass sie in der EU monatlich mindestens 45 Millionen Besuchende haben. Da von ihnen die größten Gefahren ausgehen, ist die Sonderbehandlung berechtigt. Müssten alle Firmen denselben Auflagen genügen, hätten die Internetriesen Wettbewerbsvorteile, denn kleine Unternehmen verfügen über deutlich geringere Mittel.

Das DSA gibt Besuchenden Einfluss auf die Empfehlungsalgorithmen der Plattformen. Sie müssen die Möglichkeit haben, die Profilbildung mit ihren persönlichen Daten auszuschalten. Außerdem sollten sie möglichst wählen können, welche Art von Information ihnen empfohlen wird.

Zu den DSA-Zielen gehört, illegale Inhalte wie etwa

Hassrhetorik zu unterbinden. Allerdings macht es die VLOPs für solche Botschaften nur haftbar, wenn ihnen deren Rechtswidrigkeit bewusst ist. Der Hintergrund ist, dass allzu strenge Haftungsregeln die Plattformen übervorsichtig machen könnten, so dass sie auch zulässige Inhalte unterdrücken könnten. Die VLOPs müssen aber ein leicht verwendbares Meldesystem für problematische Inhalte einrichten und auf dieser Basis offensichtlich illegales umgehend unsichtbar machen. Dabei sollen sie Hinweisen von Leuten, die schon früher oft zu Recht Warnungen aussprachen, besondere Aufmerksamkeit schenken. Im Zweifel müssen die VLOPs staatliche Stellen informieren. So vereinfacht das DSA Regeln, die in manchen Mitgliedsländern bereits gelten.

Desinformation und Verschwörungstheorien sind nicht in jedem Fall illegal. Das DSA soll sie trotzdem begrenzen. Es führt dafür neue Sorgfaltspflichten ein, wie die Plattfor-

men Inhalte moderieren. Sie tun das bereits nach eigenen Regeln. Das DSA zwingt sie nun, klar zu definieren, welche Inhalte sie erlauben oder verbieten.

Das Gesetz gesteht Privatunternehmen also weiterhin ein, ihre Plattformen nach eigenen Vorstellungen zu betreiben, überlässt die einflussreichen VLOPs aber nicht völlig ihrem eigenen Gutdünken. Um die Rechte der Besuchenden zu schützen, verlangt das DSA, dass die allgemeinen Geschäftsbedingungen unmissverständlich formuliert werden und niemanden diskriminieren. Zudem müssen VLOPs jegliche individuellen Einschränkungen, die sie vornehmen, den Betroffenen nicht nur erklären, sondern ihnen auch eine Widerspruchsmöglichkeit einräumen.

Obendrein soll das DSA auch systemische Risiken reduzieren, die durch die Verbreitung von Desinformation im Internet entstehen. VLOPs müssen deshalb jährlich darüber Bericht erstatten, welche Risiken sie erkennen und wie sie ihre Moderationsstrategien entsprechend ändern. Auf Anfrage müssen die Plattformen europäischen Behörden sowie von diesen akkreditierten Wissenschaftler*innen Einblick in relevante Daten geben.

JURISTISCHE BEWERTUNG

Das DSA legt nicht fest, wann die neuen Transparenzpflichten wichtiger als Geschäftsgeheimnisse (bezüglich etwa der Algorithmen) oder der Datenschutz der Nutzenden sind. Florence G'Sell von der Pariser Universität Sciences-Po bedauert, dass die Vorgaben zur Kontrolle systemischer Risiken und



Die strengsten EU-Regeln gelten für Onlineriesen wie Facebook, Twitter und Google.

für den Dialog von Unternehmen mit Regulierungsbehörden nicht präziser sind.

Der Juraprofessor Matthias Wendel von der Universität Leipzig erkennt solche Probleme im gesamten Gesetz. Er fragt sich deshalb, ob die EU mit dem DSA gesetzgeberische Verantwortung übernimmt oder doch eher meidet.

Das Grundproblem ist dabei, dass das DSA verschiedene Grundrechte (von Pressefreiheit über Datenschutz bis hin zur Gewerbe- und Vertragsfreiheit) gegeneinander abwägt. Zugleich sollen Profitinteressen mit öffentlichen Gütern austariert werden. Da-

bei stützt sich das DSA auf unterschiedliche Regelsysteme – von EU-Recht über Gesetze der Mitgliedstaaten bis hin zu den Geschäftsbedingungen von Firmen. Wendel zufolge bleibt vielfach offen, welche Norm in welchem Kontext gilt. Folglich müssten wohl Gerichte viele Fragen in Urteilen klären. Die höchste Instanz ist dann der Europäische Gerichtshof (EuGH).

Die Erfahrung lehrt, dass EU-Recht manchmal auch jenseits europäischer Grenzen Wirkung entfaltet. Erstens wird es gern kopiert. Zweitens erfüllen Internetriesen manchmal die europäischen Regeln aber

auch andernorts freiwillig, weil das geschäftlich oder politisch sinnvoll ist.

Wenn staatliche Stellen sich in die Verbreitung von Information einmischen, besteht grundsätzlich Zensurverdacht. Das DSA ist aber vermutlich in dieser Hinsicht unproblematisch, weil es sorgfältig alle Grundrechte abwägt. Die Juraprofessorin Antje von Ungern-Sternberg von der Universität Trier urteilt deshalb, das Ziel sei, „europäische Demokratie(n) zu schützen“ – und das zeige, dass die EU sich nicht nur als „wirtschaftliche Union, sondern auch als politische Union mit gemein-

samen Grundwerten“ verstehe. Sie sieht keinerlei Hinweise dafür, dass „die Meinungsfreiheit beim EuGH nicht in guten Händen“ sei. Von ihm wird letztlich abhängen, was das DSA in der Praxis bedeutet. (Alle juristischen Einschätzungen in diesem Abschnitt sind einer Aufsatzsammlung entnommen, die Ungern-Sternberg kürzlich herausgegeben hat.) DEM

LINK

von Ungern-Sternberg, A., Hg., 2023: Content regulation in the European Union.

<https://irdt-schriften.uni-trier.de/index.php/irdt/catalog/view/3/3/25>

VORBILDER

Globale Führungsrolle

Nguzi Okonjo-Iweala ist sowohl die erste Frau als auch die erste Afrikanerin an der Spitze der Welthandelsorganisation (WTO). Sie hat in ihrer Karriere verschiedene Schallmauern durchbrochen.

Von Bimbola Oyesola

Okonjo-Iweala ist eine mutige Amazone auf der Weltbühne und Botschafterin für afrikanische Frauen. Sie ist ein wichtiges Vorbild. Von 2003 bis 2006 war sie die erste Finanzministerin Nigerias, kurzzeitig dann auch erste Außenministerin. 2011 ernannte sie ein neuer Präsident wieder zur Finanzministerin.

In diesem Amt blieb sie bis 2015 – einer ihrer größten Erfolge in dieser Rolle war der Erlass von 30 Milliarden Dollar Staatsschulden. Sie leitete das nigerianische Team bei den Umschuldungsverhandlungen mit

dem Pariser Club der etablierten Geberländer. Auch setzte sie sich für mehr Transparenz in den öffentlichen Finanzen ein. Als Vorstandsmitglied verschiedener Institutionen bewegte sie ebenfalls viel. Sie saß unter anderem im Vorstand der Impfstoffallianz GAVI und der African Risk Capacity, einer Vorreiterin in Sachen Klimaversicherung.

Sie arbeitete lange Zeit bei der Weltbank, wo sie bis in die oberste Führungsebene aufstieg und als Managing Director for Operations tätig war. Ihre Kandidatur – als erste Frau und erste Afrikanerin – für das Amt der Präsidentin der Bank scheiterte jedoch 2012. Die nigerianische Regierung hatte sie vorgeschlagen.

2021 wurde Okonjo-Iweala Generaldirektorin der WTO, wiederum auf Vorschlag Nigerias. Ihre Landsleute überraschte ihr Erfolg nicht. Sie ist bekannt als engagierte, entschlossene und fleißige Person und gilt

als eine der mächtigsten Frauen der Welt. Für uns Nigerianer ist sie auch eine Botschafterin unseres Landes.

UNGLEICHE CHANCEN

In den patriarchalischen Gesellschaften Afrikas haben Frauen und Mädchen nicht die gleichen Chancen wie Jungen und Männer. Frühe Ehen, häusliche Pflichten und die traditionelle Idee von Frauen als Eigentum des Mannes spielen immer noch eine Rolle. Aber das ändert sich langsam.

Vor diesem Hintergrund war Okonjo-Iwealas Aufstieg in Führungspositionen im nationalen Kabinett unter Präsident Olusegun Obasanjo auch ein Zeichen für die Stärkung der Frauen Nigerias. Tatsächlich ist sie nicht das einzige prominente Vorbild für junge Mädchen. Es gibt etliche mehr, darunter:

- Amina Mohammed, ehemalige nigerianische Umweltministerin und jetzt stellvertretende Generalsekretärin der Vereinten Nationen. Sie spielt eine entscheidende Rolle für das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele. Ihr internationaler Einfluss ist ähnlich dem Okonjo-Iwealas.



Ngozi Okonjo-Iweala
in Peking im Juni
2023.

- Obiageli Ezekwesili, eine weitere ehemalige Ministerin (zunächst für Mineralien und dann für Bildung). Heute ist sie Aktivistin in der Zivilgesellschaft.
- Ibukun Awosika, Geschäftsfrau und Philanthropin. Sie ist Vorstandsvorsitzende der First Bank, eines multinationalen Unternehmens mit Niederlassungen in ganz Westafrika.
- Folorunsho Alakija, Milliardärin und Philanthropin. Die stellvertretende Vorstandsvorsitzende von Famfa Oil leitet die Rose of Sharon Foundation, die Witwen und Waisen unterstützt.
- Chimanada Ngozi Adichie, preisgekrönte Schriftstellerin. Ihr Buch „Americanah“ wurde ein weltweiter Bestseller. Ihre Ted-Rede über Feminismus schlug international hohe Wellen.



Okonjo-Iwealas öffentliches Profil ist hochgeschätzt. Die Gewerkschaftsführerin Oyinkan Olasanoye sagt: „Sie ist so ein großes Vorbild, dass heute jeder zu ihr aufschaut, wenn es um angemessenes Auftreten und darum geht, was man im Leben erreichen kann – nicht nur die Mädchen.“ Sie ergänzt: „Junge Afrikanerinnen können darauf hoffen, dass die Welt, in die sie hineinwachsen, Frauen als Führungspersönlichkeiten anerkennt.“

Praise Murphy stimmt zu: „In der Grund- und Mittelschule habe ich sie immer im Fernsehen gesehen.“ Auf der Mädchenschule, die die Sechzehnjährige besucht, fühlen sich alle Mitschülerinnen von Okonjo-Iweala inspiriert.

Okonjo-Iwealas Karriere beweist, dass Bildung zählt. Sie ermutigt nigerianische Eltern, in die Bildung ihrer Kinder – Mädchen wie Jungen – zu investieren. Natürlich ist die WTO-Chefin auch für Menschen in anderen afrikanischen Ländern ein Beispiel für das, was eine Afrikanerin erreichen kann.

Okonjo-Iweala wurde 1954 in der Deltaregion in eine adlige Familie hineingeboren. Sie hatte eine privilegierte Kindheit, wuchs in Nigeria auf und ging dort zur Schule. Ihre akademischen Abschlüsse erwarb

sie an Eliteunis in den USA – unter anderem einen Dokortitel in Entwicklungsökonomie am Massachusetts Institute of Technology. Sie setzt sich leidenschaftlich für die Bekämpfung von Armut und Korruption ein.

Als sie an die Spitze der WTO kam, erklärte sie: „Eine starke WTO ist unerlässlich, damit wir uns vollständig und zügig von den Folgen der Covid-19-Pandemie erholen können. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit den Mitgliedern, um politische Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, damit die Weltwirtschaft wieder in Gang kommt.“ Die Organisation stehe vor Herausforderungen, aber sie sei entschlossen, diese „stärker, flexibler und besser an die heutigen Realitäten anzupassen“.

Tatsächlich hatte die WTO, schon Jahre bevor sie die Führung übernahm, an Einfluss verloren. Mit ihr an der Spitze ist es gelungen, einige neue, wenn auch kleinere Vereinbarungen zu treffen. Sie haben gezeigt, dass die Mitgliedsregierungen wollen, dass es weitergeht.



BIMBOLA OYESOLA
ist Journalistin in Lagos.

oritokeoyee@gmail.com



**Messung des
Armumfangs eines
schwer unter-
ernährten Babys
in Somalia.**

und weiblichen Kindern und Jugendlichen seit 2010 leicht zurückgegangen.

In einigen Ländern gab es dem GNR von 2020 zufolge größere Unterschiede bei der Unterernährung zwischen Jungen und Mädchen. Lesotho wies den größten Unterschied im Kindes- und Jugendalter auf (Jungen 32,5 Prozent, Mädchen 14,1 Prozent), gefolgt von Simbabwe (32,5 gegenüber 15,0 Prozent) und der DR Kongo (37,8 gegenüber 21,9 Prozent).

Mein Team an der Justus-Liebig-Universität Gießen erhob 2004 Daten für die deutsche NGO Welthungerhilfe. Unsere Erhebung bestätigte die Beobachtung, dass Frauen und Mädchen nicht generell häufiger unterernährt sind als Männer und Jungen. Bei einer Basiserhebung zur Ernährung im Distrikt Vavuniya in Sri Lanka waren Frauen und Männer gleichermaßen unterernährt.

Eine frühere Studie befasste sich mit der Prävalenz von Unterernährung im Süden Madagaskars in den Jahren 1999 und 2000. In urbanen Gebieten betraf Ernährungsunsicherheit im Jahr 2000 beide Geschlechter, aber es waren etwa 10 Prozent mehr Männer als Frauen unterernährt.

Dieser Artikel soll keineswegs von Unterernährung bei Mädchen und Frauen ablenken. Er will darauf hinweisen: Auch Jungen und Männer sind unterernährt, mancherorts sogar stärker als Mädchen und Frauen. Auch sie verdienen Beachtung. Maßnahmen gegen Unterernährung müssen angepasst geschlechtsspezifisch sein, denn das Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern kann je nach Region und Altersgruppe variieren.

LITERATUR

Global Nutrition Report 2021:

<https://globalnutritionreport.org/reports/2021-global-nutrition-report/>

Global Nutrition Report 2020:

<https://globalnutritionreport.org/reports/2020-global-nutrition-report/>

FAO et al., 2022: The state of food security and nutrition in the world 2022:

<https://www.fao.org/documents/card/en/c/cc0639en>



MICHAEL B. KRAWINKEL
ist emeritierter Professor der
Justus-Liebig-Universität
Gießen.

[michael.krawinkel@uni-](mailto:michael.krawinkel@uni-giessen.de)

giessen.de

ERNÄHRUNG

Vergesst die Jungs nicht

Studien zufolge leiden Mädchen und Frauen besonders unter Hunger und Unterernährung. Doch um SDG2 „Kein Hunger“ zu erreichen, muss auch an Jungen und Männer gedacht werden.

Von Michael B. Krawinkel

„Kein Hunger“ lautet das zweite UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung. Hunger soll beendet, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung sollen erreicht werden. Die Ernährungsforschung hebt oft genderspezifische Aspekte hervor. Die Nichtregierungsorganisation Misereor formulierte 2022: „Frauen (sind) global in besonderer Weise von Hunger betroffen“, bei Brot für die Welt hieß es 2015: „Mangelernährung ist weiblich.“ Laut World Food Program USA sind fast 60 Prozent der 345 Millionen Menschen, die weltweit hungern, Frauen und Mädchen. Auch die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO – UN Food and Agriculture Organization) berichtete kürzlich, dass die weltweite Rate der Ernährungsunsicherheit bei Frauen höher ist als bei Männern (FAO et al., 2022).

Natürlich sollen kein Mädchen und keine Frau unterernährt sein. Zugleich dürfen auch Jungen und Männer nicht in Vergessenheit geraten – aus mehreren Gründen: Erstens ist es nicht ganz einfach, Unterernährung und geschlechtsspezifische

Aspekte zusammenzubringen. Häufig stammen die Daten von Kindern unter fünf Jahren und Frauen im gebärfähigen Alter, während der Ernährungszustand von Jungen und Männern in Ländern mit unsicherer Ernährungslage oft nicht erfasst ist.

Zweitens zeigen die Daten, dass es Männern keineswegs überall auf der Welt besser geht als Frauen. Hier gilt es, stärker zu differenzieren. So waren dem oben zitierten FAO-Bericht zufolge Jungen unter fünf Jahren in den meisten Regionen stärker von Wachstumsverzögerungen durch chronische Unterernährung betroffen als Mädchen. Aus der Perinatalmedizin und der Kinderheilkunde ist bekannt, dass die Kindersterblichkeit – der Anteil der Kinder, die sterben, bevor sie fünf Jahre alt sind – bei Jungen fast überall deutlich höher liegt als bei Mädchen.

Der Global Nutrition Report (GNR) ist eine Multi-Stakeholder-Initiative, unter anderem von Regierungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Ernährungsexperten. Dem GNR 2021 zufolge waren 2019 weltweit 10,9 Prozent der Jungen zwischen fünf und neun Jahren zu dünn – gegenüber 8,9 Prozent der gleichaltrigen Mädchen. Bei der Altersgruppe zwischen 10 und 19 Jahren waren es 12,3 Prozent, gegenüber 7,9 Prozent bei den Mädchen beziehungsweise jungen Frauen. Laut dem Bericht ist die weltweite Prävalenz von Magerkeit bei männlichen



Viehhalterin im von Dürre geplagten Äthiopien.

AGENDA 2030

SDGs „kaum noch erreichbar“

Eigentlich sollte die Weltgemeinschaft auf dem besten Weg sein, Hunger und Armut endgültig zu beseitigen. Doch dieses Ziel sei zur Halbzeit der Erreichung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung in weite Ferne gerückt, beklagen zivilgesellschaftliche Organisationen.

Von Sabine Balk

Die 2015 von den UN gesteckten 17 SDGs (Sustainable Development Goals – Ziele für nachhaltige Entwicklung) sind bis zur Zielmarke 2030 „kaum noch erreichbar“, bilanziert Welthungerhilfe-Chef Mathias Mogge. Nachdem es jahrzehntelang große Fortschritte bei der Hunger- und Armutsbekämpfung gab, steigt die Zahl der Menschen, die von akutem Hunger betroffen sind, seit 2018 kontinuierlich an, berichtet der „Global Report on Food Crises 2023“, den UN und EU mitherausgeben.

Demzufolge litten vergangenes Jahr 258 Millionen Menschen in 58 Ländern an akutem Hunger. Ein Jahr zuvor waren es 193 Millionen Menschen. In sieben Ländern stehen Menschen heute am Rande des Hungertodes.

Auch die Zahl der Menschen, die so arm sind, dass sie auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, wird in diesem Jahr laut Auswärtigem Amt auf 339 Millionen Menschen steigen, das sind etwa 100 Millionen mehr als vergangenes Jahr. Dramatisch sieht es auch

mit der Zahl der weltweit vertriebenen und geflüchteten Menschen aus. Diese hat aktuell laut dem UN-Flüchtlingswerk UNHCR erstmals die Marke von 110 Millionen erreicht.

„Ich sehe es mit großer Sorge, dass wir wieder Rückschritte bei der Armuts- und Hungerbekämpfung gemacht haben“, sagte Mogge bei der Vorstellung des „Kompass – Zur Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik“. Diesen Bericht geben die Welthungerhilfe und terre des hommes (tdh) seit 30 Jahren jährlich heraus. Als Hauptgründe für die Rückschritte nennt der Kompass die Corona-Pandemie, den Krieg in der Ukraine sowie die zunehmenden Wetterextreme, die die Nahrungsversorgung in vielen Ländern verschlechterten.

Positiv betrachten Welthungerhilfe und tdh, dass die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA – official development assistance) der Bundesregierung seit drei Jahren den von den UN geforderten 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) entspricht. Mit 0,83 Prozent erreichte die deutsche ODA vergangenes Jahr sogar den bislang höchsten Anteil am BNE. In Zahlen sind das 33,3 Milliarden Euro ODA und ein Zuwachs von 13,5 Prozent zu 2021. Ein Teil dieses Plus ergibt sich daraus, dass die Ausgaben für in Deutschland lebende Geflüchtete in diesem Zeitraum um 77 Prozent gestiegen sind. Die meisten Geflüchteten kamen aus der Ukraine.

Die Hilfsorganisationen fordern, die deutsche ODA dürfe keinesfalls wieder unter das Niveau von 0,7 Prozent des BNE fallen. Sie sind alarmiert, weil die Haushaltspläne der deutschen Regierung für 2024 eine drastische Kürzung der Mittel vorsehen. „Das wäre ein fatales Signal und ein großer Rückschritt“, betont Joshua Hofert von terre des hommes. Deutschland dürfe seine Vorreiterrolle als zweitgrößter Geber gemessen an der Höhe der Aufwendungen nicht aufgeben – größter Nettozahler sind die USA.

Mehr ODA muss nach Ansicht der Organisationen bei den am geringsten entwickelten Ländern ankommen, von denen die meisten in Subsahara-Afrika liegen. Obwohl diese Länder am meisten von Klimakrise und Konflikten betroffen sind, bleibt die deutsche ODA dort seit Jahren auf gleichem Niveau.

Lobend äußerte sich Mogge zum aktuellen Kurs einer „feministischen Entwicklungspolitik“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (siehe Svenja Schulze in dandc.eu). Damit habe das BMZ ein starkes Signal gesetzt. Es gelte aber, auf Frauen- und Menschenrechte auch in schwierigem politischem Umfeld zu pochen.

Eines der schwierigsten Länder ist Afghanistan, das seit der Machtübernahme der radikal-islamistischen Taliban Frauen systematisch unterdrückt. Sowohl Welthungerhilfe als auch terre des hommes sind weiter in Afghanistan tätig und setzen sich für Frauenrechte ein. Dies gelinge derzeit aber nur in Verhandlungen mit „lokalen Machthabern und in sehr kleinteiligen Bereichen“. Eine Perspektive auf baldige Besserung der Situation sehen die Experten nicht.

LINKS

Global Report on Food Crises 2023:

<https://www.fsinplatform.org/global-report-food-crises-2023>

Kompass – Zur Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik:

<https://www.welthungerhilfe.de/informieren/themen/politik-veraendern/kompass-2023>



SABINE BALK

ist Redakteurin bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und freie Mitarbeiterin bei E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu

Ein schweres Los

Wenn in Burundi ein Paar nach der Heirat keine Kinder bekommt, betrachtet die Gesellschaft das als Makel. In aller Regel wird die Frau dafür verantwortlich gemacht.

Patrick ist 38 Jahre alt und war 12 Jahre kinderlos verheiratet. Ein schweres Los, erzählt er. Neben der Enttäuschung, keine Kinder zu bekommen, wurde seine Frau angefeindet. Patricks Freunde rieten ihm immer wieder, seine Frau aus dem Haus zu jagen und sie zu verlassen. Er aber hielt zu ihr, was andere Männer in seinem Fall häufig nicht machen.

Patricks Frau musste jahrelang Beschimpfungen von ihren Schwiegereltern und Bekannten über sich ergehen lassen: „Einige haben mir sogar vorgeworfen, dass ich ihren Sohn nur geheiratet habe, um ihn leiden zu lassen. Andere sagten mir, dass ich eine Unglücksbringerin sei. Ich habe elf Jahre lang gelitten, aber zum Glück war mein Mann verständnisvoll und hat mich immer unterstützt.“

Patrick hatte Gottvertrauen: „Wir haben gebetet und uns niemals vom Klatsch und den Ratschlägen anderer Menschen, die uns nicht gut gesinnt waren, beeinflussen lassen.“ Nach elf

Jahren wurden die Gebete des Paares erhört. Sie bekamen eine Tochter, später noch eine zweite.

Patrick und seine Frau leben in der Stadt und genossen höhere Bildung. Sie konnten mit der Situation besser umgehen als Paare auf dem Land. Candide und Celestin, die im ländlichen Raum leben, warteten nach der Hochzeit zwei Jahre lang vergeblich auf eine Schwangerschaft. Candide stritt sich oft mit ihrem Mann, der ihr die Kinderlosigkeit vorwarf und sie deshalb auch schlug. Sie verteidigte sich und sagte, es sei Gottes Wille.

„Dann befahlen die Schwiegereltern meinem Mann in meinem Beisein, mich sofort aus dem Haus zu jagen, was er auch tat. Ich kehrte zu meinen Eltern zurück“, berichtet Candide. Ihr Ex-Mann heiratete einige Monate später erneut und blieb kinderlos. Nach vier Jahren warf er seine zweite Frau ebenso aus dem Haus. Sie heiratete erneut und brachte nach einem Jahr ein Kind zur Welt.

Viele kinderlose Paare in Burundi suchen Beistand bei Kirchenvertretern. Diese raten den Paaren zu Geduld und erinnern sie an ihr Versprechen, „in guten wie in schlechten Zeiten“ zusammenzubleiben.

Mediziner raten Paaren, die keine Kinder bekommen, sich untersuchen und beraten zu lassen. Sie erklären, dass dies ein Gesundheitsproblem sei, das sowohl Männer als auch Frauen betreffen könne. Leider, so bedauern Ärzte, beschuldigen in Burundi Männer oft ihre Frauen der Unfruchtbarkeit und weigern sich, sich selbst untersuchen zu lassen. Nur Spezialisten können herausfinden, wo das Problem liegt. An diesen mangelt es aber in Burundi.

Nach Angaben der WHO von 2016 ist eines von vier Paaren in Afrika unfruchtbar. Viele Fälle seien auf unbehandelte Infektionskrankheiten zurückzuführen, die durch Kinderheirat, unsichere Abtreibung, unsichere Entbindungen, Geschlechtskrankheiten und weibliche Genitalbeschneidung entstehen können. Dies ließe sich verhindern.



MIREILLE KANYANGE
ist Journalistin bei Radio
Isanganiro in Burundi.

mika.kanyange@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

64. Jg. 2023

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation. Internet: www.DandC.eu ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 28.07.2023 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:

Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1
D-60486 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Jörg Döbereiner (JD), Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO), Dagmar Wolf (DW; Assistenz), Maren van Treel (MVT; Social Media) Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk (SB), Ronald Sseguja Ssekandi (Kolumne Heutzutage), Jan Walter Hofmann (Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4-6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).





Plattenladen auf dem
Kenyatta-Markt in Nairobi.

Kultur-Spezial

Wie in jedem Sommer stellt die E+Z/D+C-Redaktion Musik, Bücher und Filme vor, die uns gut gefallen und die wir empfehlen möchten. Die Werke haben einen entwicklungspolitischen Bezug, und wir würden uns freuen, wenn sie eine Anregung zum Lesen, Hören oder Anschauen geben. Dieses Jahr verteilen wir unser Kultur-Spezial auf zwei Digitale Monatsausgaben – im August und September.

INTERKULTURELLE MUSIK

Klänge wie Tropfen und Ströme

Das multinationale Musikkollektiv „The Nile Project“ entstand durch einen Fluss. Gesungen wurde in einer Vielzahl von Stilen und Sprachen, über das Leben am und mit dem Nil. Es scheiterte, wie viele Projekte in der Region, an Politik.

Von Katharina Wilhelm Otieno

Der Ägypter Mina Girgis beschloss 2011, im Jahr des Arabischen Frühlings, ein musikalisches Projekt ins Leben zu rufen. Inspiriert wurde der Musikethnologe allerdings nicht

von den Protesten rund um Kairos Tahrir-Platz, sondern von einer der wenigen Beständigkeiten seines Landes: dem Nil.

Doch der Nil gehört den Ägyptern nicht allein, und daher wurde Girgis schnell klar, dass ein solches Projekt ebenso über Ländergrenzen fließen müsse wie der längste Fluss Afrikas. Seine Vision war ein Verband für Musizierende aus den Anrainerstaaten des Nils. Ab 2012 tourte „The Nile Project“ mit rund 18 Musiker*innen durch Kenia, Uganda, Tansania, Ägypten und Äthiopien und bot Workshops für loka-

le Musikgruppen an, in denen das gemeinsame Lernen voneinander im Vordergrund stand.

Die Message des „Nile Projects“ war von vornherein politisch. Das potenziell vereinende Moment des Stroms wird überlagert von zahlreichen Konflikten sowohl innerhalb als auch zwischen den Ländern. Vor drei Jahren standen etwa Äthiopien und Ägypten kurz vor einem „Wasserkrieg“ um die Nutzung des Nils, als Äthiopien den größten Staudamm der Welt am Oberlauf des Blauen Nils baute und damit den Wasserzulauf nach Ägypten zugunsten der eigenen Stromversorgung massiv verringerte.

Girgis und die anderen Musiker*innen hofften stattdessen auf die vereinende Kraft der Musik. Drei Alben und eine EP (Extended Play) entstanden. Das erste Album,



Das erste Album der Band ist nach der ägyptischen Stadt Assuan am Nil benannt.

„Aswan“, ist ein Live-Album, aufgenommen bei ihren ersten gemeinsamen Konzerten in der gleichnamigen ägyptischen Stadt. Gesungen wird, wie auf den anderen Alben, unter anderem auf Amharisch, Kiswahili, Tigrinya, Kirundi, Luganda, Kinyarwanda und auf nilotischen Sprachen wie Dholuo. Insbesondere verschiedene Ausprägungen des Arabischen führen dazu, dass sich zum Beispiel Sänger*innen aus dem Sudan und Ägypten bei Duetten nicht immer einigen konnten, wie bestimmte Worte auszusprechen sind – das wurde bei Auftritten dann einfach thematisiert, und trotzdem sang jede*r die Worte so, wie es in der jeweiligen Region üblich war.

Bereits diese ersten Aufnahmen machen die Vielfalt des Kollektivs deutlich. So stehen schnelle, tanzbare Stücke wie „Salaam Nubia“, in dem mehrere Sängerinnen die Trommeln vor sich hertreiben, neben anderen wie „Tezeta“, in denen ein Solosänger schwere Wüstenklänge trägt, die durch Blasinstrumente, in einigen Fällen sogar durch Saxophone, in die Moderne befördert werden.

„Jinja“, das zweite Album des „Nile Project“, ist nach der ugandischen Stadt an einer der Nilquellen benannt. Man merkt, dass sich die Gruppe im Erscheinungsjahr 2017 nach vier Jahren gemeinsamer Arbeit im Wortsinn eingespielt hat. Klängen manche Stücke auf „Aswan“ noch recht dissonant aufgrund der Vielzahl an Instrumen-

ten, Färbungen und Stimmen, fühlt es sich an, als führten die Musiker*innen auf „Jinja“ in größerer Harmonie durch ihr Werk, auch wenn sich an der musikalischen Diversität nichts geändert hat.

Selbst ein Lied wie „Ya Abai Wuha“ („Die Wasser des Nils“), in dem die Sängerin erst getragen auf Amharisch den großen Fluss preist, bevor es mittendrin plötzlich umbricht und Flöten und Trommeln zum Tanzen einladen, transportiert eine spürbare Verbundenheit. Es ist das bisher stärkste Werk der Gruppe.

Auf „Tana“, dem dritten Album, setzt sich der Eindruck des Miteinanders fort, genauso wie die Umbrüche in den Liedern. Kaum ein Stück endet im Tempo oder Stil, in dem es begonnen hat, weshalb auch alle Lieder zwischen fünfeinhalb und zehn Minuten lang sind. Dennoch weiß man beim Hören so gut wie immer, wo am Nil man sich gerade befindet. „Sigalagala“ (Dholuo für „Geheul“) etwa ist von klassischem Pop aus Uganda und Kenia beeinflusst, während das arabische „Ibn Masr“ („Sohn Ägyptens“) bei den ersten Klängen in die Sahara versetzt. Spannend wird es, wenn sich die verschiedenen Kulturen mitten in einem Lied treffen, wie bei „Naloona Sielewi“ („Schau, ich verstehe es nicht“), in dem sich die beiden Sänger auf Nubisch und Kiswahili fragen, welchen Sinn Grenzen haben.

In vielen Texten geht es um die Überwindung von Grenzen, um Kameltreiber,

die durch alle Nilstaaten ziehen, oder gemeinsames Essen, das verbindet. Es genügt, dass der Nil unser aller Vater ist, singen Kasiva Mutua und Asia Madani in „Ma Badoor“. Andere wiederkehrende Themen sind Liebe, Schönheit, Freundschaft, Familie, der muslimische wie der christliche Gott und immer wieder Ehrerbietung für den Nil als Quelle des Lebens. Auf der Internetseite des Projekts finden sich manche Texte des Kollektivs in der Übersetzung.

Einige Jahre lang trug die Gruppierung die Musik des Nils in die ganze Welt, sie tourte durch Europa und die USA und gab 2015 ein vielbeachtetes Konzert im UN-Hauptquartier in New York. Dann musste sie erkennen, dass Musik wie auch Wasser auf menschengemachte Grenzen stößt.

„The Nile Project“ war mittlerweile als Nichtregierungsorganisation (NGO) eingetragen und kam somit auf den Radar der ägyptischen Regierung, die 2017 ein Gesetz verabschiedete, das es ihr erleichterte, gegen zivilgesellschaftliche Organisationen vorzugehen. Wie die Tageszeitung taz berichtete, wurde es wegen der zunehmenden Spannungen insbesondere zwischen Äthiopien und Ägypten für die Gruppe, der von Beginn an viele Äthiopier*innen angehörten, dann immer schwieriger, Visa zu erhalten, um zu reisen und sich zu treffen.

Rivalitäten mit einem anderen Projekt bei dem Hauptfinanzierer der Gruppe, der Schweizer Entwicklungsagentur, führten zudem dazu, dass Gelder umgeleitet wurden – das vorläufige Ende des „Nile Project“. Das bisher letzte Album der Gruppe erschien 2019. Auf der EP treffen die Musiker*innen des Nils auf Drum-Künstler Jan Schulte alias Wolf Müller und beweisen ihre Vielfalt einmal mehr, indem sie traditionelle nilotische Gesangselemente und kenianische Nyatiti-Lauten mühelos in die Art-Ambient-Klänge verwandeln, die in Europas Bars und Clubs Selbstläufer sind. Auf Vinyl ist die Platte weitgehend ausverkauft. Alle Alben sind jedoch nach wie vor bei sämtlichen Streaminganbietern zu finden.

THE NILE PROJECT:
<http://nileproject.org/>



KATHARINA WILHELM OTIENO
ist Redakteurin bei E+Z/D+C.
euз.editor@dandc.eu



Arti-Zeremonie 2019 in Benares: Das hinduistische Ritual kommt in Krupa Ges Buch mehrfach vor.

den Vorgängern des RSS gehörte. Die Kaderorganisation RSS folgte in den 20er-Jahren dem Vorbild von Mussolinis Faschisten. Sie schuf ein riesiges Netzwerk, zu dem heute unter anderem Modis Partei, die BJP, gehört. Modi selbst ist RSS-Mitglied und vertritt als Parlamentsabgeordneter die heilige Stadt Benares. Im Roman reist Yamuna zweimal dorthin und sieht den Ort mit den Augen einer südindischen Touristin. Ge wendet sich nicht gegen den Hinduismus, sondern gegen missbräuchliche Identitätspolitik.

Dass sie sich auch mit Kastendifferenzen beschäftigt, ist noch schwerer zu erkennen. Es ist aber insofern nicht wichtig, als diese Fragen bruchlos in das Thema traditionelle Normen versus individuelle Freiheit münden. Die urbane Moderne, die Ge in Chennai/Madras beschreibt, entspricht nämlich durchaus westlichen Erfahrungen. Jede und jeder muss selbst entscheiden, welchen Ansprüchen sie oder er genügen will, um in einem als richtig empfundenen Maß den eigenen Weg im Leben zu finden.

Das Buch atmet einen indischen Geist. Lalitha akzeptiert ihr Erwachsenenleben, obwohl es von einer kurzen Pause abgesehen von Gewalt und Lieblosigkeit geprägt ist. Inneren Frieden findet nun mal nicht, wer sich gegen sein Schicksal wehrt. Vorstellungen von permanentem Glück führen leicht zu permanenter Enttäuschung. Westliche Vorstellungen von erfülltem Leben können so endlose Frustration bewirken.

Ge lehnt westlichen Individualismus nicht ab, sieht aber seine Grenzen. Westliche Autor*innen würden vermutlich skizzieren, an welchem Punkt zwischen Tradition und Selbstbestimmung die Romanfiguren auf einer Skala von null bis zehn angekommen sind, aber das interessiert Ge nicht. Sie schildert Yamuna und Lalitha als Kinder ihrer jeweiligen Ära, deren gesellschaftliche Konventionen ihnen Grenzen setzen. Beide versuchen ihr Schicksal in die Hand zu nehmen, was aber nicht vollständig gelingen kann.

BUCH

Ge, K., 2021: What we know about her. Chennai, Context.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammen-
arbeit/D+C Development and
Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Acht Jahrzehnte des Wandels

Krupa Ges erster Roman behandelt südindische Frauenschicksale von der späten Kolonialzeit bis 2019. Er heißt „What we know about her“.

Von Hans Dembowski

Krupa Ges Erzählweise ist subtil. Sie schreibt in der ersten Person und schildert die Perspektive von Yamuna, einer jungen Sozialwissenschaftlerin, die im Bundesstaat Tamil Nadu lebt, an ihrer Doktorarbeit sitzt und sich für die Geschichte ihrer Familie interessiert. Vor allem will sie mehr über Lalitha wissen. So hieß die Schwester ihrer Großmutter, die in den frühen 1940er-Jahren als klassische Sängerin berühmt wurde. Yamunas über 90-jähriger Großvater will aber weder über Lalitha sprechen noch alte Briefe zur Verfügung stellen.

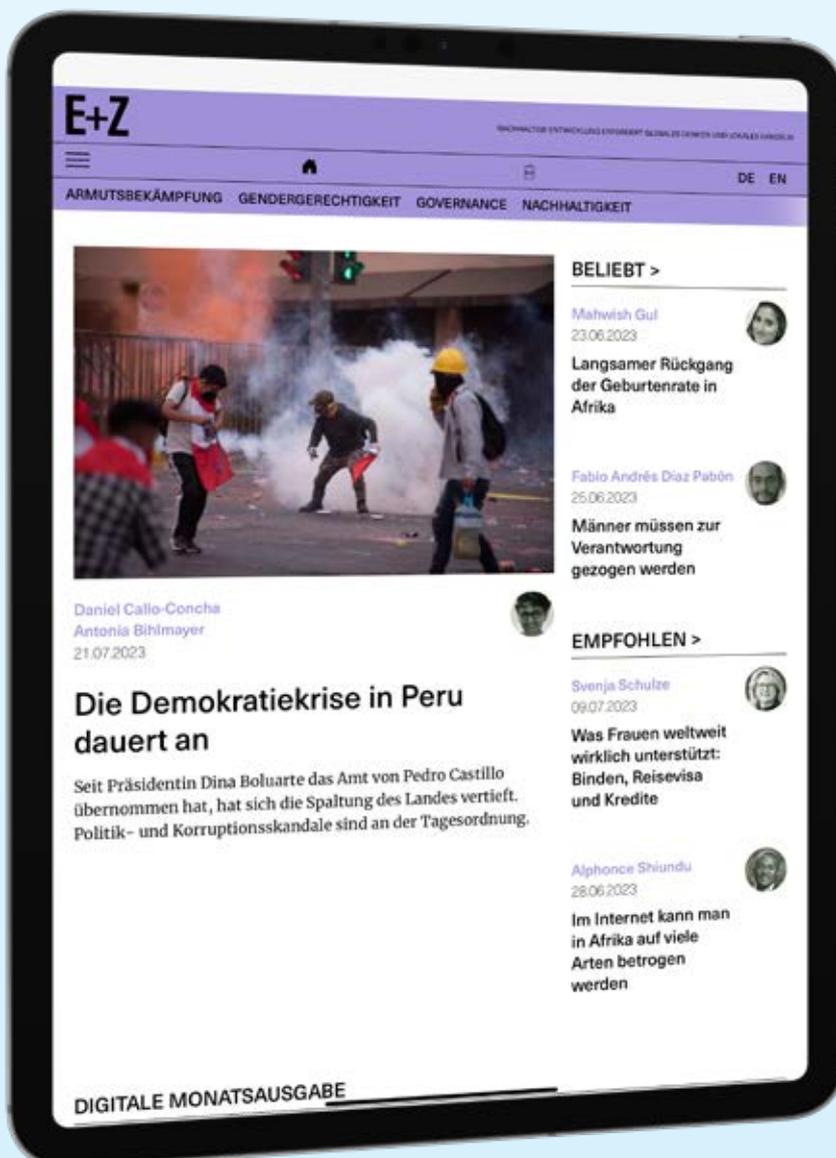
Die Personen in diesem nuancenreichen Roman sind nicht schwarz-weiß porträtiert. Ein fortschrittlicher Gewerkschafter wird im Alter zum frommen Hindu. Ein Mann, der brutal seine Frau schlägt, kümmert sich rührend liebevoll um ein kleines Mädchen. Eine selbstbewusst feministische Mutter macht sich Sorgen darüber, was die Verwandten denken mögen, und will unbedingt, dass ihre eigenen Kinder heiraten.

Ge behandelt viele Themen – allen voran Geschlechtergerechtigkeit. Sie zeichnet die Historie von arrangierten Kinderehen über Teenagerhochzeiten bis zu selbstbestimmten nicht ehelichen Beziehungen heute. Frauen haben inzwischen mehr Ausdrucksmöglichkeiten als früher – auch außerhalb der Familie. Dennoch bestehen häusliche Gewalt, sexueller Missbrauch und Unterdrückung fort. Gesellschaftliche Vorstellungen von Anstand bleiben wichtig, und die Großfamilie ist einflussreich.

Ge verbindet das Geschlechterthema auf interessante, aber weniger offensichtliche Weise mit der Kritik autoritärer Identitätspolitik. Der Roman spielt im Dezember 2019, als Proteste gegen eine Reform des Rechts über Staatsangehörigkeit ganz Indien erschütterten. Die hindu-chauvinistische Regierung von Premierminister Narendra Modi setzte Regeln durch, die Muslime benachteiligen. Ge spricht diese Dinge nur indirekt an, und wer sich mit indischer Politik nicht auskennt, dürfte viele Hinweise auf die Geschehnisse von 2019 sowie den Hindu-Chauvinismus insgesamt übersehen.

Der Autorin ist die lange Geschichte des rechtsgerichteten Fanatismus jedenfalls klar. Es passt, dass Lalithas Ehemann ähnlich aussieht wie Hitler und einer rechts-hinduistischen Organisation angehört, die zu

Unsere Website hat ein neues Design
und ist für mobile Nutzung optimiert.
www.dandc.eu



FILM

Emanzipation und Blutvergießen

Im sehenswerten Actiondrama „The Woman King“ kämpft eine Garde von Kriegerinnen für die Selbstbestimmtheit ihres Volkes. Der Film hat ein historisches Vorbild im früheren westafrikanischen Königreich Dahomey. Wichtiger, als vergangene Ereignisse wirklichkeitsgetreu nachzuerzählen, ist ihm aber, seine Zuschauer*innen zu unterhalten – und zur Selbstermächtigung zu inspirieren.

Von Jörg Döbereiner

Afrikanische Soldatinnen, bewaffnet mit Macheten und Speeren, überfallen im Schutz der Dunkelheit brutal das Dorf ihrer Feinde: Die actionreiche Anfangsszene von „The Woman King“ erinnert an Historien-dramen wie „Braveheart“ oder „Gladiator“. Aber es sind keine weißen Männer, die hier ihre Kampfkünste zeigen, sondern die „Agojie“, eine rein weibliche Elitegarde des – im Film fiktiven – westafrikanischen Königreichs Dahomey.

Angeführt von ihrer Generalin Nanisca kämpfen die Kriegerinnen gegen eine vermeintlich übermächtige Allianz benachbarter Völker, die die Dahomey unterdrückt und einen Teil von ihnen bereits an weiße Sklavenhändler verkauft hat. Der Film verortet die Geschehnisse im Jahr 1823.

Nanisca, vielschichtig gespielt von Oscar-Gewinnerin Viola Davis, ist einerseits taffe Anführerin, andererseits schwer traumatisiert: Sie wurde nach einer Vergewaltigung durch ihre Feinde schwanger und musste ihr Kind direkt nach der Geburt weggeben. Ihr autoritärer Führungsstil wird herausgefordert durch die junge Nawi, Aspirantin auf einen Platz in der Garde, gespielt von Thuso Mbedu.

Beide Figuren machen eine Entwicklung durch: Nanisca stellt sich ihrer Vergangenheit und gerät in den Konkurrenzkampf, welche Frau als „Woman King“ an der Seite des neuen Königs Ghezo (Golden-Globe-Preisträger John Boyega) herrschen darf. Und für Nawi, die sich einer arrangierten Ehe verweigert, ist die Ausbildung zur Elitesoldatin ein Prozess der Emanzipation und Selbstfindung. Es sind vor allem diese

beiden starken Frauenfiguren, die dem Film emotionale Tiefe geben.

GEGEN DIE SKLAVEREI

Emanzipieren sollen sich auch die Dahomey, so will es der stolze Ghezo. In „The Woman King“ gibt es dafür nur einen Weg: den Kampf. Er führt durch weitere ra-



Seh-Dong-Hong-Beh, eine Anführerin der Dahomey-Kriegerinnen, gemalt von Frederick Forbes (1851).

sante Actionsequenzen, bei denen es teils recht brutal zugeht. Blut fließt in diesem Film reichlich, entsprechend ist er erst ab 16 Jahren freigegeben.

Auch wenn die Dahomey gegen benachbarte afrikanische Völker in die Schlacht ziehen, macht Nanisca unmissverständlich klar, wer die eigentlichen Gegner

sind: „Der weiße Mann hat die Immoralität zu uns gebracht“, sagt sie. „Er wird damit nicht aufhören, bis ganz Afrika versklavt ist.“

Für seine Darstellung der Dahomey und der Sklaverei wurde „The Woman King“ scharf kritisiert. Ein Argument: Die Heldinnen kämen zu gut weg, und der Film habe die Chance vertan, der nuancierten Geschichte der Sklaverei angemessen Rechnung zu tragen – denn er verschleierte, wie sehr das historische Königreich Dahomey selbst vom Sklavenhandel profitierte. Es existierte vom 17. bis zum 19. Jahrhundert im heutigen Benin und brachte tatsächlich außergewöhnliche Soldatinnen hervor.

INSPIRATION STATT HISTORISCHE KORREKTHEIT

Das in Südafrika gedrehte Drama zitiert zwar das historische Vorbild, beruft sich aber letztlich auf die eigene Fiktionalität. Wichtiger, als historisch korrekt zu sein, ist ihm, die Zuschauer*innen zu inspirieren, etwa mit der Rede König Ghezos: „Die Europäer und die Amerikaner haben erkannt, dass, wenn man ein Volk in Ketten legen will, es davon überzeugt werden muss, dass dies seine Bestimmung ist. So wurden wir unsere eigenen Unterdrücker. Das ist jetzt vorbei. Endgültig. Wir sind ein Volk von Kriegerern! Es liegt Macht in unserem Geist. Unserer Einigkeit. Unserer Kultur. Wenn wir diese Macht begreifen, gibt es keine Grenzen für uns.“

Angesichts von fortbestehendem Rassismus und fortbestehender Unterdrückung dürften sich viele Menschen in Afrika und anderen Teilen der Welt von solchen Botschaften angesprochen fühlen. Nicht umsonst hat die African-American Film Critics Association (AAFCA), eine Vereinigung afroamerikanischer Filmkritiker, „The Woman King“ als besten Film des Jahres 2022 ausgezeichnet. Gina Prince-Bythewood erhielt die Auszeichnung als beste Regisseurin.

FILM

The Woman King, 2022, USA, 2 h 14 min, FSK 16, director: Gina Prince-Bythewood.



JÖRG DÖBEREINER
ist Redakteur bei E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu

GLOBAL GOVERNANCE

Schlecht austarierte Weltordnung

Westliche Regierungen betonen gern die „regelbasierte Weltordnung“. Viele übersehen, wie fragil das globale System Menschen in weniger wohlhabenden Ländern erscheint – und dass es ihren Interessen in verschiedener Hinsicht nicht dient.

Von Hans Dembowski

- Wegen des Vetos eines permanenten Mitglieds bleibt der Weltsicherheitsrat angesichts brutaler Kriegsführung, die nur selten europäisches Territorium erfasst, oft ohnmächtig. Für solche Blockaden haben Russland und China, aber auch die USA in der jüngeren Vergangenheit gesorgt.
- Die universelle Erklärung der Menschenrechte wird nicht überall eingehalten. Es gibt kein Instrument für ihre Durchsetzung.
- Bisher erfüllen UN-Konventionen zu Klima, Artenvielfalt und Wüstenbildung ihren Zweck noch nicht. Das globale Ökosystem kollabiert zusehends.
- In den vergangenen 20 Jahren gaben EU und USA statt der Doha-Entwicklungsrunde der WTO bilateralen Verträgen Vorrang. Die Doha-Runde griff nämlich Themen wie Investorenrechte, die ihnen wichtig war, nicht auf.
- Obwohl die Überschuldung von Staaten seit Jahrzehnten immer wieder Krisen auslöst, gibt es immer noch kein Regelwerk für eine schnelle und wirksame Lösung.

Wegen solcher Dinge warf Martin Wolf westlichen Mächten in der Financial Times vom 12. Juli Heuchelei vor. Eine Folge ist, dass westliche Regierungen für Russlandsanktionen weniger Unterstützung als erhofft finden. Es gibt zwar rudimentäre Grundlagen für Global Governance, aber sie lassen viele Menschen im Stich. Es bleibt noch viel zu tun.

Deshalb war der Gipfel zur Entwicklungs- und Klimafinanzierung, den Frankreich im Juni in Paris veranstaltete, wichtig. Er hat weitreichende Entscheidungen vorbereitet. Manche radikalen Ideen, wie etwa globale Steuern zu erheben, sind – zumindest kurzfristig – unrealistisch. Zu den pragmatischeren Vorschlägen gehörten unter anderem:

- Reiche Länder sollten Sonderziehungsrechte (eine Art interner IWF-Währung) im Wert vieler Milliarden Dollar für die Klimapolitik ärmerer Partnerländer bereitstellen.
- Internationale Finanzinstitutionen sollten bei wichtigen Investitionen in Entwicklungsländern Wechselkursrisiken auffangen.
- Der Common Framework on Debt Treatment der G20 sollte auf Länder mit mittleren Einkommen ausgeweitet werden.

In Paris einigten sich Gläubigerregierungen zudem auf eine Schuldenumstrukturierung für Sambia. Diese vertagt Zahlungspflichten und reduziert Zinsen, erlässt

aber keine Schulden, wie westliche und sambische Diplomaten forderten. China war dazu nicht bereit. Ob Sambias Wirtschaft jetzt den nötigen neuen Schwung bekommt, bleibt abzuwarten.

In Zeiten wachsender Polarisierung ist Einigung mit China schwierig. Dennoch müssen westliche Regierungen proaktiv für dauerhafte Lösungen sorgen. Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika sehen, wie großzügig und schnell der Westen die Ukraine unterstützt – und zwar ohne die Zustimmung von China, Russland und diverser anderer Länder.

Die Ukraine verdient diese Unterstützung. Wenn imperialistische Übergriffe russischer Art geduldet werden, kann es keine regelbasierte Weltordnung geben. Allerdings ist das Engagement gegen Armut und globale Umweltkrisen ebenso wichtig. Einschlägige westliche Initiativen dürfen nicht davon abhängen, ob China mitmacht, zumal vielen Menschen in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen die neuen Seidenstraßenprojekte der Volksrepublik lange großzügiger erschienen als das, was der Westen anbot. Angesichts eskalierender Schuldenkrisen steht China jetzt in schlechterem Licht da. Der Westen sollte jetzt sein Image mit Investitionen in Nachhaltigkeit und die Einhaltung aller Versprechen aufpolieren. Das müsste den Finanzministern reicher Nationen eigentlich einleuchten.

Die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) sind kein Luxusprojekt. Wir müssen Armut und globale Umweltzerstörung in den Griff bekommen, damit es nicht noch mehr Not, Verzweiflung und Zerstörung gibt. Denn dann würden die Suche nach Sündenböcken und identitätspolitischer Hass eskalieren. Das Leben würde überall sehr viel ungemütlicher.

Scheitern bei den SDGs kommt also nicht in Frage. Erfolg – und in reichen Nationen besonders bei Öko-Zielen – würde dagegen große Schritte in Richtung einer Weltordnung, die allen dient, mit sich bringen. Wenn Länder mit hohem Einkommen nicht vorangehen, geben sie implizit ihre Führungsansprüche auf.



Bundeskanzler Olaf Scholz mit Ägyptens Präsident Abdel Fattah al-Sisi (links) und Sambias Präsident Hakainde Hichilema (rechts) beim Gipfel zu Entwicklungsfinanzierung in Paris am 23. Juni 2023.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von **E+Z/**
D+C.

euz.editor@dandc.eu

BUNDESWEHR

Zu lange geblieben

Die deutschen Truppen ziehen aus Mali schneller ab, als vom Bundestag geplant war. Das ist gut – denn ihre Präsenz in dem Sahelland war längst zum Selbstzweck geworden.

Von André Uzulis

Ende Mai hat der Bundestag zum letzten Mal die Stationierung bewaffneter deutscher Kräfte im Rahmen des UN-Einsatzes MINUSMA (Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali) verlängert. Dem Plan zufolge sollte im Mai 2024 der deutsche Einsatz in Mali beendet sein. Nun hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen den vorzeitigen Abzug aus Mali beschlossen. Bis zum 31. Dezember dieses Jahres ist dort Schluss. Das macht den deutschen Plan zur Makulatur.

MINUSMA-Truppen sind in Mali nicht mehr gern gesehen. Das war schon länger klar – wurde aber nicht zum Anlass für einen Abzug genommen. Man hätte gehen sollen. Deutschland folgte 2013 dem Partner Frankreich in das Sahelland. Die Franzosen sind längst wieder weg, die Deutschen aber immer noch da.

Der jüngste Putsch brachte 2021 in Mali eine Junta an die Macht, die der Bundeswehr das Leben immer schwerer macht. Mal wurden Überflugrechte für Nachschubflüge verweigert, mal der Einsatz von Überwachungsdrohnen verboten. Zeitweilig setzte die Bundeswehr ihre Mission aus, weil sie nicht mehr vernünftig arbeiten konnte.

MINUSMA soll das Land angesichts islamistischer Extremisten stabilisieren und die Bevölkerung vor den Milizen schützen. Die Politik des Putschisten-Regimes machte das aber unmöglich. Es holte bis zu 2000 Söldner des russischen Militärdienstleisters Wagner ins Land und sperrte weite Teile des Territoriums für MINUSMA-Truppen. Moskau will seinen Einfluss in Afrika ausweiten und griff beherzt zu, als die Regierung in Bamako anfragte.

So wurde der deutsche Einsatz in Mali schon vor einer Weile sinnlos. Die Bundesregierung zog aber keine Lehren

aus der Afghanistan-Erfahrung. Dort hätte Deutschland 2014 abziehen sollen, als die Mission der International Security Assistance Force (ISAF) auslief. Die Franzosen packten damals ihre Sachen und gingen. Die Deutschen blieben bis zum bitteren Ende in Afghanistan.

Als 2022 die letzten Franzosen Mali verließen, hätte das auch für Deutschland das Zeichen zum Aufbruch sein müssen. Die Bundeswehrtruppen sind nicht einmal so ausgestattet, wie es nötig wäre, um ohne die Franzosen weiter sinnvoll in Mali agieren zu können.

Doch die Bundeswehr blieb. Der Grund war die Sorge, Deutschland könne als unzuverlässig erscheinen, die besonders nur das Auswärtige Amt umtreibt. Die Deutschen verbarrikadierten sich in ihrem Camp Castor bei Gao. In der Region Gao werden sie allerdings geschätzt. Die örtliche Bevölkerung weiß, was sie für sie getan hat. Die Regierung in Bamako will das aber nicht wahrhaben.

Jetzt muss die Bundeswehr in knapp sechs Monaten den Abzug bewerkstelligen, für den fast doppelt so viel Zeit vorgesehen war. Hoffentlich werden alle Soldaten problemlos heimkehren. Die Truppe ist professionell genug, dass sie das schaffen dürfte.

Einfach wird es aber nicht. Camp Castor ist auf knapp einem Quadratkilometer fast eine Kleinstadt, in der 1500 Menschen leben: neben den Deutschen auch internationale Verbündete. Kirche, Krankenhaus, Post, Kantine – alles muss nun zügig abgebaut werden. Vor allem aber dürfen die vielen und vielfältigen Waffen nicht in falsche Hände kommen.

Auf Mali ist kein Verlass mehr. Der deutsche Einsatz wirkt nun wie ein Relikt aus der Vergangenheit. Stattdessen galt Niger bislang als regionaler Stabilisierungspartner, aber der Putsch Ende Juli könnte das ändern. Deutschland hat dort bereits nigrische Spezialkräfte ausgebildet und beteiligt sich auf Einladung der dortigen Regierung seit diesem Jahr an einer neuen militärischen EU-Mission. Im Gegensatz zum Einsatz in Mali nimmt aber nur eine Handvoll Soldaten teil. Auch falls es nicht lange währt, dürfte dies das Modell für künftige Einsätze außerhalb des NATO-Gebiets sein. Für die Bundeswehr steht die Ostflanke der NATO wieder im Vordergrund.

Mit dem Mali-Einsatz geht eine 30-jährige Epoche großer Auslandseinsätze zu Ende. Der Ukrainekrieg hat die sicherheitspolitischen Koordinaten grundlegend verändert. Die Landes- und Bündnisverteidigung steht wieder im Vordergrund.



ANDRÉ UZULIS

ist Chefredakteur von loyal – Magazin für Sicherheitspolitik.

andre.uzulis@fazit.de



Verteidigungsminister Boris Pistorius besuchte im April das Bundeswehr-Feldlager Camp Castor.

SCHWERPUNKT

Biodiversität schützen

Funktionierender Multilateralismus

Interview mit Jochen Flasbarth (S. 21)

Chinas wertvolles Agrarerbe

Von Min Qingwen und Guo Xuan (S. 23)

Landnutzungskonflikte in Ugandas Cattle Corridor

Von David Mfitumukiza (S. 25)

Biodiversität mit Landwirtschaft und Menschenrechten versöhnen

Interview mit Melissa de Kock (S. 27)

Ghanaisch-deutsche Hochschulkooperation für Biosphärenreservat

Von Yaw Boakye Agyeman et al. (S. 29)

Brasiliens guten Ruf im Forstschutz wiederherstellen

Von Thuany Rodrigues (S. 31)

Naturschutz in Bolivien

Von Zulma M. Vargas und Katja Dombrowski (S. 33)



MULTILATERALE POLITIK

Örtliche Bevölkerung einbinden, um Biodiversitätsziele zu erreichen

Beim Biodiversitätsgipfel von Kunming-Montreal 2022 half BMZ-Staatssekretär Jochen Flasbarth, Konsens zu finden. E+Z/D+C erklärte er, wie multilaterale Verhandlungen gemeinsame Lösungen finden – und weshalb nicht nur Deutschlands Zukunft vom Naturschutz in weit entfernten Weltregionen abhängt.

Jochen Flasbarth im Interview mit Katharina Wilhelm Otieno und Jörg Döbereiner

Beim Biodiversitätsgipfel von Kunming-Montreal Ende 2022 einigte sich die Weltgemeinschaft darauf, 30 Prozent der globalen Meeres- und Landfläche bis 2030 unter Schutz zu stellen. Wie geht es nun weiter?

Der Erfolg der Konferenz hat in den gegenwärtigen geopolitisch aufgewühlten Zeiten über die Biodiversität hinaus Bedeutung. Im Kontext von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat der Gipfel gezeigt, dass Multilateralismus auch jetzt funktionieren kann. Globale Probleme erfordern multilaterale Lösungen.

Das Ergebnis der Konferenz ist ein konkreter Zielrahmen bis 2030. Neben der multilateralen Ebene – etwa dem Global Biodiversity Framework Fund – geht es jetzt um die Umsetzung nationaler Biodiversitätsstrategien und -aktionspläne. Ihre Funktionsweise ist angelehnt an die NDCs (Nationally Determined Contributions) im Klimaschutz. Deutschland unterstützt Partnerländer systematisch dabei, deren nationale Biodiversitätspläne umzusetzen.

Sie selbst haben in Montreal maßgeblich zum Schlusskonsens beigetragen. Wie lief das ab?

China hatte die Präsidentschaft inne und die Fäden in der Hand. Nach bewährtem Vorgehen wurden die großen Streitpunkte zum Schluss hin verdichtet. Dann wurden sogenannte Fazilitator*innen beauftragt, den Konsens zu finden, der bei großen internationalen Konferenzen immer nötig ist.

Eine große Diskussion ging um das Ziel, 30 Prozent aller Flächen als Schutzgebiete auszuweisen. Dass Schutzgebiete wichtig sind, ist unbestritten. Noch wichtiger ist aber, Land und Meere nachhaltig und biodiversitätsfördernd zu nutzen. Die Frage, wie wir weltweit Landwirtschaft betreiben, ist wichtiger als jene, ob es nun 28 oder 32 Prozent Schutzgebiete sind. Aber diese Zahl 30 hatte eine so große symbolische Bedeutung erlangt, dass der Erfolg der Konferenz davon abhing. Also musste geliefert werden – was letztlich auch gelang. Wichtige weitere Punkte waren Verfahren zum Schutz genetischer Ressourcen und Finanzierung.

Sie selbst waren Fazilitator für das Thema Finanzierung, gemeinsam mit Jeanne d'Arc Mujawamariya, der ruandischen Umweltministerin.

Wir kannten uns, weil wir bei Klimagipfeln schon zusammengearbeitet hatten. Es war offenbar bekannt, dass wir gut miteinander

der können – was wichtig ist. Gut war auch, dass die Präsidentschaft die drei Verhandlungsteams in einem ständigen Austausch hielt. Aber der Erfolg kam nicht zum Nulltarif.

Was meinen Sie damit?

Der Finanzbedarf ist gigantisch, und es ist gut, dass wir uns auf Ziele geeinigt haben: So sollen bis 2030 mindestens 500 Milliarden US-Dollar an ökologisch schädlichen Subventionen pro Jahr abgebaut werden. Zudem sollen bis 2030 mindestens 200 Milliarden US-Dollar jährlich aus öffentlichen und privaten Quellen für Biodiversitätszwecke bereitgestellt werden. Und von den Industrieländern sollen bis 2025 jährlich mindestens 20 Milliarden US-Dollar, bis 2030 jährlich mindestens 30 Milliarden US-Dollar als Teil des Gesamtfinanzbedarfs an Entwicklungsländer fließen. Das ist mehr, als Jeanne d'Arc Mujawamariya und ich vorgeschlagen hatten. Wir hatten auch für 2025 kein Ziel vorgeschlagen – das kam von der Präsidentschaft.

Weshalb hatten Sie darauf verzichtet?

Wir sahen, dass die klassischen Geberländer in den kommenden Jahren in den überall angespannten Budgetlagen ihre Haushalte für internationalen Biodiversitätsschutz nicht derart würden hochfahren können. Wenn man aber sieht, dass die Finanzierung auch bei bestem Willen kaum zustande zu



Szene aus der Eröffnungszereemonie der COP15 in Kunming.



Nicht nur für den vom Aussterben bedrohten Roten Vari, eine Lemuren-Art aus Madagaskar, sind Moore und Sümpfe lebenswichtig.

wurde. Costa Rica spielt eine positive, vermittelnde Rolle.

Kommt es auch auf die Zivilgesellschaft an?

Es gibt eine starke Community von Nichtregierungsorganisationen im Bereich Biodiversität und Naturschutz. Sie ist nicht ganz einheitlich, agiert in wichtigen Fragen aber zusammen. Daneben gibt es Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Belange der indigenen Bevölkerung einsetzen. Indigenen- und Naturschutzrechte gehen teils Hand in Hand. Einige Indigenen-Organisationen fürchten jedoch auch, dass in ihren Siedlungsgebieten globaler Naturschutz zu ihren Lasten durchgesetzt wird. Letztlich muss die örtliche Bevölkerung generell in lokale Maßnahmen einbezogen werden. Wer Schutzgebiete groß macht, muss auch für Akzeptanz sorgen, damit die Biodiversitätsziele wirklich erreicht werden.

Inwiefern hängt Deutschlands Zukunft von Naturschutz in fernen Weltregionen ab?

Nicht nur die Zukunft Deutschlands, sondern aller Länder hängt davon ab, denn die globalen Umweltkrisen verstärken sich wechselseitig. Wenn wir beim Biodiversitätsschutz nicht vorankommen, werden wir auch das 1,5-Grad-Ziel nicht erreichen. Wenn es gelingt, die Wälder, Moore und Ozeane so zu schützen und zu bewirtschaften, dass sie CO₂ aufnehmen und binden können, dann kommen wir auch beim Klimaschutz voran. Umgekehrt gilt leider auch: Die globale Erhitzung verändert Ökosysteme und beschleunigt den Biodiversitätsverlust.

Gibt es eine spezifisch entwicklungspolitische Perspektive auf Biodiversität?

Das hat viele Ausprägungen. Ein Beispiel: Ökosystemschutz kann einen enormen Beitrag dazu leisten, lokal Arbeitsplätze zu schaffen. In Projekten zur Wiederbewaldung und Wiedervernässung von Mooren, der Wiederherstellung von Mangroven oder Flusssystemen steckt ein enormes Potenzial für die kurz-, mittel- und langfristige Schaffung von Jobs. Insofern kann Biodiversitätsschutz auch dabei helfen, Einkommen zu schaffen.



JOCHEN FLASBARTH
ist der Staatssekretär des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

<https://www.bmz.de>

bringen ist, könnten diese konkreten Ziele auch zu einer enormen Bürde für die weitere Zusammenarbeit werden, weil Vertrauen verloren geht.

Umstritten war auch, ob der Global Biodiversity Framework Fund eine unabhängige Institution wird oder an bestehende Strukturen angehängt wird. Wir Fazilitator*innen wollten ihn an die Globale Umweltfazilität (GEF) angliedern – mit einer Governance-Struktur, die den Bedenken der Entwicklungsländer Rechnung trägt und nicht westlich geprägt ist. Das fand Zustimmung.

Welche Bedenken hatten die Entwicklungsländer?

Die Entwicklungsländer sind – genauso wie die Industrieländer – kein monolithischer Block mit einheitlichen Positionen. Einigen war es wichtig, dass eine unabhängige Fonds-Struktur die Entwicklungsländer mindestens paritätisch einbezieht. Es gab aber auch taktische Interessen. Einige lateinamerikanische Länder haben vehement einen unabhängigen Fonds gefordert – mit dem eigentlichen Ziel, die Zahlungen nach oben zu schrauben.

Aus Sicht des BMZ und anderer Geberinstitutionen bringt die Anbindung an die GEF mehr Effizienz und Effektivität. Neue Fonds sind keine Erfolgsgarantie. An bestehende Strukturen anzudocken, verursacht weniger Bürokratie – und erleichtert damit den Zugang vor allem für Länder mit schwachen Kapazitäten.

Gibt es ein Grundrezept, um multilaterale Verhandlungen erfolgreich abzuschließen?

„One size fits all“ gibt es auch hier nicht. Nötig ist zunächst ein starker Glaube daran, dass internationale Verhandlungen zu einer gewissen Verbindlichkeit führen. Die Entscheidungen von Kunming-Montreal sind politisch und völkerrechtlich ein starkes Signal. Erfolg hängt aber noch von vielen anderen Umständen ab. In der Schlussphase kommt es darauf an, dass Akteur*innen dabei sind, die wechselseitige Interessenslagen verstehen. Das ist die Rolle, die besonders Fazilitator*innen zukommt. Dabei muss man zwingend eigene nationale Interessen zurückstellen, um eine global akzeptierte Lösung voranzubringen. Es geht darum, einen vernünftigen Interessenausgleich zwischen allen Beteiligten zu finden.

Wie unterscheiden sich die Interessen von Ländern mit hohen, mittleren und niedrigen Einkommen?

Die Interessen aller Länder hängen von verschiedenen Faktoren ab. Die Least Developed Countries (LDCs) wollen möglichst direkte und unkomplizierte finanzielle Unterstützung. Bei den Schwellenländern ist es komplizierter. In Brasilien beispielsweise fordert die jetzige Regierung von Präsident Lula da Silva internationale Unterstützung für Wald- und Klimaschutz. Die Demokratische Republik Kongo will dagegen dafür entschädigt werden, dass sie Ressourcen nicht so nutzt, wie das Industrieländer in der Vergangenheit getan haben. Das ist eine hochkomplizierte Diskussion, und man muss sich sehr genau überlegen, ob man sich auf diesen Weg begibt. Ein weiteres Beispiel ist Costa Rica, wo die Wiederbewaldung zum besonders erfolgreichen Modell



Ein Bauer setzt in einem Reisfeld in Qingtian County Fische frei.

TRADITIONELLE LANDWIRTSCHAFT

Natur plus Kultur

Wo Menschen ihre Umwelt über lange Zeit nachhaltig nutzen, führt das zu Ökosystemen mit besonderer Biodiversität. Die UN hat manche in ein Programm für landwirtschaftliches Erbe aufgenommen. Beispiele aus China zeigen, weshalb diese Gebiete schützenswert sind.

Von Min Qingwen und Guo Xuan

In manchen ländlichen Gebieten Chinas bauen die Menschen heute noch traditionell Reis auf gefluteten Terrassen an und halten in dem Wasser zugleich Fische. Solche besonderen Formen der Landnutzung haben sich über Jahrhunderte entwickelt, in enger Verbindung zur Natur. Auf der Basis uralten Wissens sind auf diese Weise nachhaltige Ökosysteme entstanden. Sie ermöglichen es den Menschen vor Ort, sich mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Zugleich werden die natürlichen Ressourcen erhalten.

Die UN-Agrarorganisation FAO (Food and Agriculture Organization) würdigt solche besonderen Ökosysteme, indem sie sie als GIAHS auszeichnet. GIAHS steht für Globally Important Agricultural Heritage Systems, also für Agrarerbe-Systeme mit international herausragender Bedeutung.

Die FAO listet 74 solcher GIAHS in 24 Ländern (Stand Juni 2023). In China liegen 19 davon. Darunter befindet sich der erwähnte traditionelle Reisanbau mit Fischhaltung, etwa im Kreis Qingtian in der östlich gelegenen Provinz Zhejiang. Andere GIAHS in China sind beispielsweise Pilzzucht in Verbindung mit nachhaltiger Forstkultur in Bergwäldern, ebenfalls in Zhejiang, und der Anbau von Jasmin und Tee in der Stadt Fuzhou.

GIAHS sind komplexe Systeme. Sie bestehen aus verschiedenen Teilen, die miteinander verwoben sind und interagieren. Ein zentrales Merkmal für GIAHS ist deshalb Vielfalt in verschiedener Hinsicht, insbesondere:

- landwirtschaftliche Artenvielfalt,
- Vielfalt der Agrarökosysteme und Landschaften und
- landwirtschaftlich-kulturelle Vielfalt.

ARTENVIELFALT STÄRKT ÖKOSYSTEME

Landwirtschaftliche Artenvielfalt kann durch verschiedene Methoden verbessert werden. Beispielsweise können mehrere unterschiedliche Nutzpflanzen nebeneinander auf derselben Fläche angebaut werden

(Mischkulturen). Oder eine Feldfrucht folgt auf derselben Fläche auf die andere, sobald diese geerntet ist (Zwischenfruchtanbau) (Zhang et al., 2016). Auch die Einführung anderer Arten ist eine Möglichkeit. So wurden im oben genannten Beispiel Fische – und mancherorts auch Enten – in Reisfelder eingeführt.

Wo verschiedene Arten die vorhandenen Ressourcen auf je andere Weise nutzen, kann das zu positiven Wechselwirkungen führen. Im erwähnten Beispiel stellen die Reispflanzen für die Fische Futter und Schatten bereit. Die Fische dagegen fressen Schädlinge, verbessern den Boden und düngen die Pflanzen mit ihren Ausscheidungen.

Eine höhere Artenvielfalt kann so die Funktionen eines Ökosystems verbessern – und auch dessen Leistungsfähigkeit und Stabilität. Eine Studie in der Provinz Zhejiang hat beispielsweise gezeigt, dass die Reiserträge in einer Kultur mit Fischen – ohne Einsatz von Pestiziden – deutlich höher ausfallen als in einer reinen Reiskultur ohne Fische. Zudem gab es in der Kultur mit Fischen weniger Unkräuter und Schädlinge (Xie et al., 2011). Andere Studien kamen zu ähnlichen Ergebnissen.

Im Zusammenspiel von Mensch und Natur sind in vielen GIAHS einzigartige Agrarlandschaften entstanden. Manche bestehen aus Waldgebieten, Grasflächen oder Ackerland, andere sind geprägt von Flüssen und Seen. Die Wohnorte der Einheimischen, die diese Landschaft seit langer Zeit prägen, sind typischerweise ebenfalls Teil der Landschaft.

Ein Beispiel dafür stammt aus She-xian, einer bergigen Region im Norden Chinas. An steilen Hängen haben die Bewohner*innen dort im Laufe der Jahrhunderte großflächige Trockenlandterrassen angelegt. So gelingt es ihnen, Wasser und Erdreich – beides knappe Ressourcen – effizienter zu nutzen. Auf den Terrassen bauen sie unter anderem Pfeffer, Walnüsse, Hirse und Mais an. Die so geschaffene Kulturlandschaft ist eine Mischung aus Steinterrassen, Wäldern, Sträuchern und Wasserläufen – und den Ortschaften im Tal. Die einzelnen Elemente sind eng miteinander verbunden und existieren harmonisch neben- und miteinander.

Biodiversität ist auch eng verbunden mit kultureller Vielfalt. In den als GIAHS ausgezeichneten Gebieten haben sich die Bewohner*innen über lange Zeit hinweg an



Terrassen in Shexian.

ihre natürliche Umgebung angepasst. Dieser enorme Erfahrungsschatz verschiedenster ethnischer Gruppen spiegelt sich in ihrer jeweiligen Kultur wider, die ein wichtiger Teil des GIAHS ist.

Die Dong im Süden Chinas halten beispielsweise nicht nur Fische in ihren Reisfeldern, sondern auch Enten. Diese Vielfalt in der Landwirtschaft ist eng verwoben mit der traditionellen Kultur der Dong – beispielsweise ihrer Ernährungsweise, Kleidung, Architektur oder Medizin. Auch immaterielle Aspekte wie Religion, Brauchtum und Gewohnheitsrecht in Form lokal angewandter Regeln tragen dazu bei, die landwirtschaftliche Vielfalt zu erhalten (Min et al., 2008, Zhang et al., 2016).

SCHUTZ WERTVOLLER AGRARLANDSCHAFTEN

Um besondere Agrar-Ökosysteme effizient zu schützen, sind drei Schritte wesentlich. Erstens ist es wichtig, zu verstehen, weshalb die Bewohner*innen sie überhaupt aufrechterhalten. Dafür braucht es eine tiefergehende Beschäftigung mit dem Thema – und Respekt vor den Menschen vor Ort.

Zweitens braucht es eine breite Beteiligung an Schutzmaßnahmen. China hat dafür schrittweise einen fünfstufigen Mechanismus eingeführt – für Regierungen, Unternehmen, die Wissenschaft, soziale Organisationen sowie Bauern und Bäuerinnen (Min et al., 2022). Letztere spielen eine besonders wichtige Rolle beim Schutz der Biodiversität von GIAHS.

„Die GIAHS verbinden überliefertes Wissen um Anbautechniken mit modernen Ansätzen von Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz.“

Drittens gilt es, multidisziplinäre Forschung zu fördern (Zhang et al., 2016). Wissenschaftler*innen, Bauern und Bäuerinnen sowie andere Beteiligte sollten dabei unterstützt werden, herauszufinden, welche Leistungen bestimmte Ökosysteme für uns Menschen erbringen. Der Fokus sollte dabei auf den Beziehungen zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und dem Erhalt der Agrobiodiversität liegen. Dazu gehört auch, landwirtschaftliche Produktionsmethoden zu unterstützen, die helfen, diese Vielfalt zu erhalten.

Für den Schutz der Biodiversität ist es hilfreich, wenn die GIAHS-Gebiete wirtschaftlich produktiv sind. Tatsächlich birgt das besondere ökologische Umfeld der GIAHS gute Voraussetzungen für die Produktion qualitativ hochwertiger (Bio-)Produkte. Sie lassen sich angesichts der auch in China steigenden Nachfrage nach gesünderen Lebensmitteln durchaus vermarkten.

Mancherorts ist es so gelungen, Marken zu etablieren – zum Beispiel im eingangs erwähnten Kreis Qingtian in der Provinz Zhejiang, wo Reisanbau mit Fischzucht kombiniert wird. Das GIAHS-Projekt hat die

Bekanntheit von sowohl Reis als auch Fisch enorm erhöht. Das hat zur Folge, dass so produzierter Reis zu deutlich höheren Preisen verkauft werden kann als gewöhnlicher. Der Preis von Fisch ist seit Beginn des Projekts ebenfalls stark gestiegen (Zhang et al., 2016). Auch andere GIAHS in China schaffen es, ihre Produkte beachtlich zu vermarkten (Zhang et al., 2016).

Die GIAHS verbinden überliefertes Wissen um Anbautechniken mit modernen Ansätzen von Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz. Sie stehen dafür, nachhaltig und in Einklang mit der Natur zu leben und zu wirtschaften. Wir sollten sie zum Vorbild nehmen, wenn es darum geht, die großen globalen Herausforderungen anzugehen: egal ob Klimakrise, Katastrophenschutz, Ernährungssicherheit oder Biodiversitätsverlust.

LITERATUR

GIAHS bei der FAO:

<https://www.fao.org/giahs>

Min, Q., Zhang, D., 2008: Ecological connotation of some Dong Minority's taboos. *Geographical Research*. (06), 1437-1443.

Xie, J, Hu, L, Tang, J, et al., 2011: Ecological mechanisms underlying the sustainability of the agricultural heritage rice-fish coculture system. *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America*. 108(50), E1381-E1387.

Zhang, D, Min, Q, He, L, et al., 2016: Agrobiodiversity features, conservation and utilization of China's Globally Important Agricultural Heritage Systems. *Chinese Journal of Eco-Agriculture*. 24(04), 451-459.

Min, Q, Luo, S, Cao, X, et al., 2022: Agri-cultural heritage: A bridge between past and the future. *Journal of Agricultural Resources and Environment*. 39(05), 856-868.



MIN QINGWEN

ist Professor am Institute of Geographic Sciences and Natural Resources Research an der Chinesischen

Akademie der Wissenschaften in Peking.

minqw@igsnr.ac.cn



GUO XUAN

ist Doktorandin am Institute of Geographic Sciences and Natural Resources Research an der Chinesischen

Akademie der Wissenschaften in Peking.

guoxuan18@mailsucas.ac.cn



Giraffen im Lake Mburu National Park, der in Ugandas Cattle Corridor liegt.

LANDNUTZUNGSKONFLIKTE

Wildnis unter Druck

In Uganda kommt es regelmäßig zu Nutzungskonflikten zwischen Wildnis, Viehzucht und Landwirtschaft. Für nachhaltigen Naturschutz ist eine bessere Planung nötig – und die Einbeziehung der Bevölkerung.

Von David Mfitumukiza

Quer durch Uganda zieht sich ein Streifen von fruchtbarem Land, auf dem Viehhirten traditionell ihre Rinder grasen lassen – der sogenannte Cattle Corridor („Viehkorridor“). Es handelt sich um eine Savannenlandschaft, in der Grasbewuchs und Gebüsch dominieren, gespickt mit verstreuten Baumgruppen. Seit jeher leben Hirten und ihre Tiere in dieser Landschaft neben Wildtieren – sowohl Pflanzenfresser wie Zebras, Giraffen und Antilopen als auch Fleischfresser wie Löwen und Leoparden. Das Ökosystem ist geprägt von Buschfeuern, unregelmäßigen Niederschlägen und Dürreperioden.

Insbesondere in den vergangenen 30 bis 40 Jahren hat sich der Druck auf den Cattle Corridor erhöht. Die Einwohnerzahl von Uganda hat sich in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt, auf mehr als 45 Millionen. Wenn Menschen der Armut und Raumnot entfliehen möchten, ziehen sie häufig

in dünn besiedelte Gebiete, wo sie relativ günstig Land erwerben können, um es nutzbar zu machen, etwa für Landwirtschaft oder informelle Siedlungen.

So hat sich auch die Landnutzung im Cattle Corridor verändert. Landwirtschaft hat Einzug gehalten. Angebaut werden vor allem Mais, Bohnen und Bananen, aber auch andere Feldfrüchte. Wo Nutz- und Wildtiere zuvor durchgehend ziehen und grasen konnten, befinden sich jetzt Flecken von Ackerland. Wildtiere sind von diesen Unterbrechungen besonders betroffen. Ihr Habitat schrumpft.

Treffen Wildtiere auf Nutzflächen, kommt es zu Konflikten: Raubtiere attackieren Nutztiere, und Pflanzenfresser dezimieren Ernten. Im Gegenzug töten die Bewohner*innen die Wildtiere, um ihr Vieh oder ihr Land zu schützen. Teils wurden auch Menschen und Haustiere von Löwen und anderen Raubtieren getötet.

Zwar wurden auch entlang des Cattle Corridor mehrere Nationalparks und andere Schutzgebiete eingerichtet, in denen sich ein erheblicher Teil der Wildtiere aufhält. Beseitigt sind die Konflikte dadurch aber nicht. In Zeiten anhaltender Dürre verlassen viele Tiere die Schutzzonen und gelangen in Siedlungsgebiete und auf Ackerland.

Andersherum führen Viehhirten ihre Herden bisweilen auf der Suche nach Futter und Wasser durch Schutzgebiete.

So bergen Dürreperioden erhöhtes Konfliktpotenzial: auf der einen Seite Wildtiere und Naturschützer*innen; auf der anderen die Anwohner*innen. Sie betreiben teils Wilderei und Brandstiftung in Schutzgebieten.

NATURSCHUTZ MIT DER BEVÖLKERUNG

Als in Uganda damit begonnen wurde, die wilde Flora und Fauna bewusst zu erhalten, waren die Gründe eher externer Natur, wie etwa Tourismus oder Jagd – insbesondere in der Kolonialzeit. Naturschutz war nicht unbedingt darauf angelegt, der Bevölkerung vor Ort zugutezukommen. Das hat sich geändert: Es besteht ein Bewusstsein dafür, dass nachhaltiger Naturschutz nur mit der Bevölkerung stattfinden kann, nicht ohne oder gar gegen sie.

Im Cattle Corridor laufen Kampagnen, um die Bevölkerung zu sensibilisieren und in das Wildtiermanagement einzubeziehen. Dieser Ansatz namens „Community Conservation“ zielt darauf ab, die Beziehungen zwischen Wildhüter*innen und den Anwohner*innen zu verbessern. Er ermöglicht der Bevölkerung Zugang zu Ressourcen in den Schutzgebieten und fördert den Dialog und die Beteiligung an der Planung und Verwaltung dieser Ressourcen. Wildhüter*innen engagieren sich für die Entwicklung der Gemeinden und unterstützen sie dabei, direkt und indirekt vom Tourismus zu profitieren.



So wird beispielsweise Tourist*innen angeboten, die Gemeinden zu besuchen, um ihre Kultur kennenzulernen und die regionale Wirtschaft zu unterstützen. Darüber hinaus teilt die Uganda Wildlife Authority (UWA) 20 Prozent ihrer jährlichen Einnahmen mit den Anwohner*innen von Nationalparks und Reservaten, bekannt als „Revenue Sharing“. Das Geld ist für Projekte auf Haushalts- oder Gemeindeebene gedacht, die sich um Konflikte mit Wildtieren kümmern oder die Lebensgrundlagen der Menschen verbessern.

Auf Haushaltsebene werden etwa Zuchtstätten für Ziegen, Schweineställe, Baumpflanzungen und Imkereien finanziert. Auf Gemeindeebene fördert die UWA den Bau von Schulen, Gesundheitszentren, Straßen und Wassertanks. Andere Projekte zielen auf das Vermeiden von Ernteschäden durch Wildtiere ab. Dieser Ansatz hat die Akzeptanz erhöht. Die finanziellen Vorteile motivieren die Bevölkerung, mit Behörden zusammenzuarbeiten.

UMSETZUNG DER GESETZE ÜBERWACHEN

Auch gibt es bereits Regelungen, die den Schutz wilder Tiere ausweiten – über die Grenzen von Schutzzonen hinweg. Sie besagen etwa, dass Wildtiere zu respektieren sind, egal wo sie sich befinden. Bei Verstößen droht Haft. Die Behörden arbeiten mit Verantwortlichen vor Ort zusammen, die darauf achten, dass die Gesetze eingehalten werden. Auch das ist eine Form der Einbindung der Bevölkerung.

Wie oben beschrieben, wird mehr und mehr Land außerhalb der Schutzzonen bewirtschaftet. Bäume und Sträucher werden gerodet, um Holzkohle zu gewinnen oder Fläche für Siedlungen, Ackerland und Plantagen. Die Artenvielfalt und wichtige Leistungen von Ökosystemen gehen dabei zurück.

Verschlimmert wird die Situation dadurch, dass die meisten Viehhirten sesshaft geworden sind. Reiche Privatpersonen haben Landrechte für große Gebiete erworben und damit sowohl wilde Tiere verdrängt als auch Wanderhirten. Dies ist eine häufige Ursache für Landnutzungskonflikte.

Verschärfend wirkt auch die Klimakrise. Zwar fällt Regen im Cattle Corridor seit jeher unregelmäßig, starke Dürren und lange Trockenzeiten sind keine Seltenheit. Aber die Klimakrise intensiviert extremes Wetter. Das kann zu Ernteaussfällen führen. Folglich suchen sich Bauern und Bäuerinnen weiteres Land, um ihre Erträge mit extensiver Landwirtschaft zu maximieren. Das wiederum erhöht den Druck auf die Wildnis.

Um Druck von der ursprünglichen Natur zu nehmen, müssen die verschiedenen Formen der Landnutzung in Uganda integriert geplant werden. Es gilt, Interessen aus-

„Der Druck durch Bevölkerungswachstum und veränderte Landnutzung trifft nicht nur den Cattle Corridor, sondern auch andere vormals dünn besiedelte Gebiete mit wertvollen Ökosystemen wie Sümpfen oder Wäldern.“

zugleichen – und es ist an der Regierung, hier Verantwortung zu übernehmen. Derzeit konzentriert sie sich auf Schutzgebiete.

Viel Land außerhalb dieser Gebiete liegt in der Hand von Privatpersonen, die es nach Belieben nutzen, oft ohne Rücksicht auf Menschen oder Umwelt in ihrer Nachbarschaft. Da viele Konflikte auf geltenden Regelungen zum Grundbesitz beruhen, braucht es Reformen.

Außerdem gilt es, durch Naturschutz erzielte Profite anders zu verteilen. Statt 20 Prozent für umliegende Gemeinden zu verwenden, sollte sich das Verhältnis umdrehen: 80 Prozent sollten an die Bevölkerung gehen. Wenn die Menschen Naturschutz als verlässliche Einnahmequelle wahrnehmen, werden sie sich stärker dafür engagieren und auch selbst in ihn investieren.

Das Geld sollte außerdem besser eingesetzt werden, zum Beispiel zur gezielten Armutsbekämpfung. Bisher profitieren die Ärmsten kaum so, dass es ihren Bedürfnis-

sen gerecht wird. Wenn etwa eine Schule mit Geldern aus Naturschutzprojekten finanziert wird, kommt dies oft nicht den ärmsten Kindern zugute. Sie können teils gar nicht in die Schule gehen, weil sie arbeiten müssen oder es ihnen an grundsätzlichen Voraussetzungen fehlt. Armut ist eine erhebliche Bedrohung für den Naturschutz und seine Akzeptanz.

Zudem gilt es, die Produktionsmethoden der Landwirtschaft zu optimieren – das Land muss schlicht besser genutzt werden. Bäuerliche Betriebe sollten etwa stärker auf Bewässerung setzen, um durch Dürreperioden zu kommen, statt Land extensiv zu nutzen. In Uganda regnet es über das Jahr gesehen eigentlich genug. Das Wasser wird allerdings nicht effizient genug genutzt beziehungsweise ist ungleich verteilt.

Uganda hat die Ambition, sich von einem Land mit niedrigen Einkommen zu einem Land mit mittleren Einkommen weiterzuentwickeln. Eine wesentliche Herausforderung besteht darin, eine holistische Entwicklungsplanung zu entwickeln, die den Naturschutz als untrennbaren Bestandteil nachhaltiger Entwicklung einbezieht. Denn der Druck durch Bevölkerungswachstum und veränderte Landnutzung trifft nicht nur den Cattle Corridor, sondern auch andere vormals dünn besiedelte Gebiete mit wertvollen Ökosystemen wie Sümpfen oder Wäldern. Wenn es so weitergeht wie bisher, besteht die Gefahr, dass sie so beeinträchtigt werden, dass ihre Artenvielfalt verloren geht – und mit ihr die verschiedenen Leistungen, die diese Ökosysteme der Gesellschaft bereitstellen.

Solche besonderen Ökosysteme sollten daher im Rahmen des Planungsprozesses einen besonderen Status erhalten. Das bedeutet nicht zwangsläufig, sie als Schutzgebiete auszuweisen. Allerdings sollte ihre Besiedelung kontrolliert erfolgen und auf eine Weise, die ihren besonderen Funktionen gerecht wird. Die ökonomische und soziale Entwicklung Ugandas darf nicht auf Kosten der Natur gehen.



DAVID MFITUMUKIZA
ist Associate Professor an der Fakultät für Geographie, Geoinformatik und Klimaforschung der

Makerere-Universität in Ugandas Hauptstadt Kampala.

dffitumukiza@gmail.com

GLOBALER HANDLUNGSBEDARF

Die Grundlage unserer Existenz

Der fortschreitende Rückgang der Biodiversität bedroht weltweit unsere Lebensgrundlagen und die Ernährungssicherheit. Eine Lösung gelingt aber nur ganzheitlich. Landwirtschaft, Artenvielfalt und Menschenrechte müssen in Einklang gebracht werden. Im Interview äußert die Leiterin der UNEP-Abteilung für Artenvielfalt, Menschen und Landschaften Zuversicht, dass das geht.

Melissa de Kock im Interview mit Katharina Wilhelm Otieno

Warum sind Wildtiere und Biodiversität so wichtig?

Sie sind die Grundlage unserer Existenz auf diesem Planeten. Ohne eine reiche Artenvielfalt geraten Ökosysteme aus dem Gleichgewicht, und ohne Ökosysteme fehlen uns Nahrung, Kleidung und sogar die Luft zum Atmen. Auch unser Wirtschaftssystem hängt davon ab. Letztlich sind wir bei allem auf natürliche Ressourcen angewiesen.

Welche konkreten Auswirkungen wird der fortschreitende Verlust der Biodiversität auf die Lebensgrundlagen und die Ernährungssicherheit der Menschen haben?

Gibt es keine Fische mehr im Meer, kann der Mensch sie auch nicht mehr essen. Gesunde Ernährung setzt gesunde Böden voraus, und saubere Luft Pflanzen. Ohne sie überleben wir nicht. Lernen können wir von Indigenen: Sie haben eine enge Verbindung zur Natur. In Industrieländern scheint diese Verbindung oftmals der Profitgier gewichen. Darunter leiden unsere Gesundheit und auch unsere Kultur.

Wie beurteilen Sie Konflikte zwischen Menschenrechten und Biodiversität, zum Beispiel in Bezug auf die Vertreibung indigener Völker?

80 Prozent der weltweit verbleibenden Artenvielfalt befinden sich in Gebieten indigener Völker. Und mehr als 90 Prozent dieser Gebiete sind in gutem oder akzeptablem Zustand. Mindestens 36 Prozent von ihnen befinden sich außerdem in Regionen, die als sehr wichtig für die Biodiversität gelten.

Indigene Gemeinschaften spielen also zweifellos eine zentrale Rolle.

Und dennoch wurden immer wieder indigene Völker in kolonialer Manier für Naturschutzmaßnahmen vertrieben – obwohl sie ihr Land lange vor den Kolonisatoren nachhaltig zu bewirtschaften wussten.

Naturschutz und das Achten der Menschenrechte sollten sich niemals widersprechen. Ganz im Gegenteil: Sie sollten Grundlage für den Schutz des Artenreichtums sein. Indigene Völker sind die besten Schützer der Biodiversität. Wir müssen einen inklusiveren Weg des Naturschutzes für

Nimmt man eine Komponente heraus, läuft er noch – nur nicht sonderlich gut. Nimmt man noch mehr heraus, bricht irgendwann das System zusammen. Wir müssen deshalb nicht nur die Nashörner und Elefanten schützen. Auch die kleinen Arten sind entscheidend. Niemals sollten wir Arten gegeneinander abwägen, sondern das System als Ganzes betrachten.

Beispiele wie der Rückgang der Bienenpopulation sind der Öffentlichkeit recht gut bekannt. Gibt es andere wichtige, aber weniger bekannte Arten, die vom Aussterben bedroht sind?

Laut der Roten Liste der Internationalen Union für Naturschutz (IUCN) sind derzeit mehr als 42 000 Arten vom Aussterben bedroht. Nicht alle von ihnen sind so prominent wie Bienen. Aber wie gesagt: Es geht um das System als Ganzes.



Tausende tote Fische treiben im Hatirjheel-See in Dhaka, Bangladesch.

ein nachhaltiges Management biologischer Vielfalt einschlagen.

Sind alle Arten von gleicher Bedeutung für das Überleben unseres Planeten, und wie wissen wir, welche Arten am wichtigsten sind?

Ich hoffe, dass wir eine solche Entscheidungen niemals treffen müssen. Alle Arten sind Teil eines komplexen Systems mit eigener Aufgabe. Es ist wie mit einem Motor:

Welche Rolle spielt die marine Artenvielfalt?

Der Ozean bedeckt zwei Drittel unseres Planeten. Weil er Kohlenstoff bindet, könnte er beim Klimaschutz kaum wichtiger sein. Und in ihm leben Arten wie Mangroven, in denen wiederum junge Fische aufwachsen. Für Millionen von Menschen sind Meerestiere wie sie eine bedeutsame Proteinquelle. Ohne den Ozean wären wir schlechter dran als ohnehin schon.

Wie sollte also eine vernünftige „Blue Economy“ aussehen?

Der Schlüssel ist Nachhaltigkeit: nicht mehr entnehmen, als nachwächst. Gleichzeitig müssen menschliches Wohlergehen und die Wirtschaft berücksichtigt werden. Dazu gehört nicht nur, Meeresgebiete zu schützen, sondern auch die Rechte von Küstengemeinden. Mit Kontrollen und Fortschritten in der Forschung können wir zum Beispiel Fischbestände überwachen und Fangquoten festlegen.

„Der öffentliche Wille, das Richtige zu tun, ist da.“

An Land bedroht Hightech-Landwirtschaft die Artenvielfalt. Wie muss ein biodiversitätsfreundlicher landwirtschaftlicher Ansatz aussehen?

2021 veranstaltete die UN den internationalen Gipfel für Ernährungssysteme. Eine der Hauptempfehlungen dieses Treffens war es, umweltfreundlicher zu produzieren. Das bedeutet, mit der Natur zu arbeiten statt gegen sie. Denn bei industriellen Monokulturen kann sich der Boden nicht mehr regenerieren und muss ständig künstlich gedüngt werden.

Ein umweltfreundlicher Ansatz arbeitet hingegen mit agroökologischen Prinzipien wie umweltfreundlichen Düngemitteln, Mischkulturen und Fruchtfolgen und berücksichtigt auch Flächen, die für die Regeneration des Bodens notwendig sind. Auch die Baumarten spielen eine Rolle: Im großen wie im kleinen Maßstab sollten wir mehr einheimische Arten nutzen. Und natürlich hängt der Wandel auch mit unseren Konsumgewohnheiten zusammen. Damit er gelingt, müssen wir uns vielfältig ernähren und stark verarbeitete Lebensmittel aus Monokulturen vermeiden.

Solche Ansätze stehen manchmal im Widerspruch zu den Zielen wirtschaftlicher oder infrastruktureller Entwicklung, zumal viele Biodiversitäts-Hotspots in Ländern mit niedrigen oder mittleren Einkommen liegen. Wie lässt sich das besser als in der Vergangenheit in Einklang bringen? Wie können Armut und Hunger bekämpft werden, ohne die Artenvielfalt zu gefährden?

Die Antwort ist zweigeteilt. Es geht darum, die globalen Konsummuster zu ändern und Wege zu finden, mit der Natur zu leben und von ihr zu profitieren, ohne sie übermäßig auszubeuten.

Artenvielfalt ist vor allem deshalb in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen so hoch, weil sie ihre Gebiete noch nicht überwirtschaften. Hochentwickelte Länder haben bereits einen großen Teil ihrer Artenvielfalt zerstört. Die Entwicklungsländer sollten dafür gelobt werden, dass sie ihre biologische Vielfalt bewahrt haben und unterstützt werden, um sie zu erhalten. Noch passiert aber genau das Gegenteil: Ein Großteil der Produktion in Entwicklungsländern ist für den Konsum reicherer Länder bestimmt. Landwirtschaftliche Flächen für den lokalen Konsum schrumpfen.

Das muss sich ändern. Zum einen indem reiche Länder ihren Konsum reduzieren. Und zum anderen indem wir weltweit agroökologische Prinzipien entwickeln, die Viehzucht, Landwirtschaft und Artenvielfalt in Einklang bringen.

Ein Beispiel dafür ist Naturschutz auf Gemeinschaftsebene, wie er in vielen Entwicklungsländern praktiziert wird. Es gibt verschiedene Ansätze dazu. In Kenia beispielsweise verlassen Gemeindemitglieder freiwillig ein bestimmtes Gebiet und bewirtschaften andere Flächen, damit die Wildtiere geschützt sind. In Namibia betreiben einige Gemeinden weiterhin Ackerbau und Viehzucht auf ihrem Land, halten bestimmte Zonen aber für Wildtiere frei. Gemeinsam haben sie, dass sie hohe Einkommen aus Tourismus oder Kohlenstoffkrediten erzielen. Auf diese Weise müssen sie ihr Land nicht für eine extensive Landwirtschaft umgestalten.

Welche weiteren Schritte müssen unternommen werden, um Biodiversität zu schützen, und welche Rolle spielt UNEP dabei?

Unsere Aufgabe ist es, Wissenschaft und Politik zusammenzubringen. Wir analysieren Daten und veröffentlichen sie in unseren Publikationen wie dem Global Environment Outlook (GEO). So helfen wir den Mitgliedsstaaten dabei, informierte Entscheidungen zu treffen und das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD) einzuhalten.

Außerdem unterstützen wir Länder dabei, die Ziele des Globalen Biodiversitätsrahmens von Kunming-Montreal einzuhalten, die bei der UN-Biodiversitätskonferenz

(COP15) 2022 beschlossen wurden, indem wir sie bei der Entwicklung nationaler Biodiversitätsstrategien beraten.

Das ist allerdings nur eine von vielen Ebenen. UNEP unterstützt Regierungen, um der Umwelt eine Stimme zu geben. Aber auch indigene Völker und lokale Gemeinschaften spielen eine große Rolle, ebenso wie Nichtregierungsorganisationen und der Privatsektor. Es ist ein ganzheitliches System, mit dem wir uns befassen, von Einzelpersonen über Unternehmen bis hin zu Regierungen.

Wie bewerten Sie die Fortschritte, die seit dem UN-Gipfel in Rio vor dreißig Jahren erzielt wurden, insbesondere im Hinblick auf die CBD?

Auch wenn wir die Ziele der CBD bisher nicht erreicht haben, war sie ein wichtiger Meilenstein. Der öffentliche Wille, das Richtige zu tun, ist da. Und der Globale Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal bietet eine neue Möglichkeit, endlich starke Ergebnisse für die biologische Vielfalt und den Nutzen der gesamten Gesellschaft zu erreichen.

Welche Bedeutung messen Sie diesem Rahmenwerk und der COP15 bei?

Für mich war die COP15 eine Achterbahn der Gefühle. Es erschütterte mich anfangs, dass niemand zu Kompromissen bereit war, und ich befürchtete, dass wir nicht weiterkommen.

Umso bemerkenswerter ist, was wir erreicht haben: Indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften wurde ihre entscheidende Rolle genauso zuerkannt wie Frauen. Die Vereinbarung bindet alle mit ein und ist deshalb für mich der Schlüssel zum nachhaltigen Erhalt der Artenvielfalt. Denn Erfolg haben wir nur, wenn wir als globale Gemeinschaft zusammenarbeiten. Das gibt mir Hoffnung.

LINK

The Global Environment Outlook
<https://www.unep.org/geo/>



MELISSA DE KOCK
leitet den Bereich
„Biodiversity, People and
Landscapes“ beim
Umweltprogramm der

Vereinten Nationen (United Nations Environment Programme, UNEP).
unep-newsdesk@un.org



Am Bosomtwe-See in Ghana müssen sowohl die Interessen der lokalen Gemeinden als auch der Naturschutz berücksichtigt werden.

WISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNG

Biosphärenreservat optimieren

Deutsche und ghanaische Forscher*innen arbeiten zusammen, um die lokale Bevölkerung in die Entwicklung eines UNESCO-Biosphärenreservats einzubeziehen. Ziel ist es, Forschungslücken zu schließen, um den Gemeinden konkrete Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Von Tobias Cremer, Friederike Major, Yaw Boakye Agyeman und Franziska Rottig

Der Bosomtwe-See entstand vor etwa einer Million Jahren durch einen Meteoriteneinschlag. Er befindet sich etwa 30 Kilometer von Kumasi, der Hauptstadt der ghanaischen Region Ashanti, entfernt und wurde 2016 zum UNESCO-Biosphärenreservat ernannt. Das Biosphärenreservat ist das neueste der drei Reservate in Ghana und umfasst eine Kernfläche von fast 44 000 Hektar. Die Fischbestände des Sees sind Grundlage der lokalen Wirtschaft mit mehr als 70 000 Menschen. Im Umland wird Subsistenzlandwirtschaft betrieben

und es werden Nutzpflanzen wie Kakao angebaut.

Der See zieht als wichtiges touristisches Ziel inländische und ausländische Besucher*innen an und trägt so zu Ghanas Bruttoinlandsprodukt bei. Doch das volle touristische Potenzial bleibt bislang ungenutzt: Infrastruktur und Marketing des Gebietes sind unzureichend und es sollten mehr touristische Angebote geschaffen werden. Dafür braucht es ein gezieltes, nachhaltiges und umfassendes Tourismusmanagement.

Durch das rasche Bevölkerungswachstum wurde in den letzten Jahren rund um den See immer mehr gebaut und die Landwirtschaft weiter intensiviert. Folgen sind Abholzung, Verlust der Biodiversität, unsachgemäße Müllentsorgung, Rückgang der Fischbestände und die Verschmutzung des Sees. Deshalb wurden mehrere Forschungsprojekte initiiert, die sich mit den Herausforderungen des Biosphärenreservats beschäftigen. Bislang ist diese Forschung jedoch

wenig koordiniert und es fehlt eine klare Ausrichtung. Zudem sind den Gemeinden das Biosphärenreservat, seine Zonen, Funktionen und Regeln weitgehend unbekannt – und der Bosomtwe-See wird in den regionalen und nationalen Entwicklungsplänen nicht umfassend berücksichtigt.

FORSCHUNGSLÜCKEN IDENTIFIZIEREN

Damit das Reservat als Schutzgebiet fungieren und ein Modell für nachhaltige Entwicklung werden kann, sind koordinierte Maßnahmen nötig. 2021 wurde deshalb das Projekt Biosphere Learning Laboratory Lake Bosomtwe (BL3B) gestartet. Es läuft bis 2024 und wird vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) finanziert. Hauptziel ist es, ein starkes Netzwerk von Forscher*innen und Lehrkräften aufzubauen.

Das Projekt soll die praktische Lehre und Forschung fördern und den Wissensaustausch zwischen den Partnern stärken. Dazu gehören die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) und mehrere ghanaische Universitäten: die University of Energy and Natural Resources (UENR), die Kwame Nkrumah University of Science and Technology (KNUST), die Akenten Appiah-Menka University of Skills Training and Entrepreneurial Development

(AAMUSTED) und das Forestry Research Institute of Ghana (CSIR-FORIG).

Weiterer Projektfokus ist es, die lokalen Gemeinden und Behörden in die Arbeiten einzubeziehen, um ihre spezifischen Bedürfnisse und Anforderungen an das Biosphärenreservat zu verstehen. Letztlich soll eine Forschungsstrategie entwickelt werden, die die lokalen Gegebenheiten und Rahmenbedingungen berücksichtigt, so dass die resultierenden Maßnahmen und Projekte sowohl dem Schutz des Biosphärenreservats als auch der lokalen Bevölkerung zugutekommen.

LOKALE BEDÜRFNISSE

Anfang Oktober besuchte ein Team deutscher Wissenschaftler*innen den Bosomtwe-See. Zu Hause arbeiten sie für die HNEE, das Biosphärenreservat Schaalsee-Elbe und die Succow-Stiftung. Nach einem Erfahrungsaustausch mit ghanaischen Akteur*innen, darunter Forscher*innen der drei Partneruniversitäten, besuchten sie die Gemeinden Amakom und Nkawi, um die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung zu ermitteln und daraus relevante Forschungsthemen abzuleiten.

Das Team befragte insbesondere Frauen, Mädchen und junge Menschen. Wie sich zeigte, ist es für die Einheimischen am wichtigsten, zusätzliche Einkommensquellen zu finden, da sie sich nicht mehr allein auf den Fischfang verlassen können.

In einem Workshop mit für Wasserressourcen, Forstwirtschaft, Fischerei und Tourismus zuständigen Beamt*innen der ghanaischen Behörden wurde die Dringlichkeit betont, besonders in der Kernzone des Biosphärenreservats die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben strenger als bislang zu kontrollieren.

Zur Sprache kam auch, dass die lokale Bevölkerung zunehmend von Forschenden frustriert ist, da sie selten über die Ergebnisse der zahlreichen Studien der letzten Jahrzehnte informiert wurden. Die Menschen vor Ort sahen daher kaum einen Nutzen der Forschung für ihre eigene Lebenssituation.

Frühe Studien am Bosomtwe-See konzentrierten sich vor allem auf hydrologische Parameter des Sees wie Wasserqualität sowie auf die Lebensgrundlagen der lokalen Gemeinden. Zu Forstwirtschaft, Landwirtschaft oder Tourismus fand kaum Forschung statt

„Ende 2024 soll es einen Abschlussworkshop am Bosomtwe-See geben, um die lokale Bevölkerung über die Ergebnisse zu informieren.“

Als wichtigste Themen für künftige Forschung im Biosphärenreservat ermittelten die kooperierenden Universitäten deshalb die folgenden:

- alternative Einkommensquellen (inklusive nachhaltiger Tourismus),
- Landwirtschaft,
- Forstwirtschaft,
- Fischerei,
- Kommunikation zwischen Forscher*innen und lokalen Gemeinden und
- gesundheitsbezogene Themen.

Davon ausgehend wurden spezifische Forschungsfragen und -felder entwickelt. So wurde zum Beispiel das Thema Landwirtschaft fünf verschiedenen Dimensionen zugeordnet und spezifische Forschungsbedarfe abgeleitet:

- Ökonomische Bedarfe, z. B. Analyse der Möglichkeiten für die Installation von Bohrlöchern sowie für das Sammeln von Regenwasser zur Bewässerung.
- Soziokulturelle Bedarfe, z. B. Analyse von indigenen landwirtschaftlichen Praktiken und von relevanten kulturellen Überzeugungen.
- Ökologische Bedarfe, z. B. Analyse des Einflusses von Pestiziden auf Boden, Fauna und Flora sowie Entwicklung von Bewirtschaftungsansätzen mit einem geringeren Einsatz von Pestiziden.
- Management und Governance, z. B. Bewertung der Praktiken des ökologischen Landbaus und ihrer Auswirkungen auf die Wasserqualität des Sees.



- Übergreifende Bedarfe, z. B. Analyse der landwirtschaftlichen Praktiken im Hinblick auf Bodenfruchtbarkeit und Schädlingsbekämpfung sowie im Hinblick auf die Integration von Schattenbäumen in den Kakaoanbau und das diesbezügliche vorhandene indigene Wissen.

In den kommenden Monaten werden bis zu acht Studierende der HNEE in Ghana Feldforschung betreiben und gemeinsam mit ghanaischen Studierenden zu den benannten Themen forschen. Ihre Arbeit soll Forschungslücken schließen und zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen allen Partnerhochschulen für künftige Forschungsaktivitäten und Förderanträge führen. Ende 2024 soll es einen Abschlussworkshop mit allen Projektpartner*innen am Bosomtwe-See geben, um die lokale Bevölkerung über die Ergebnisse zu informieren und um zu konkreten Vorschlägen für die künftige Forschungszusammenarbeit zu gelangen.



TOBIAS CREMER
ist Professor an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde für Forstnutzung und Holzmarkt.

tobias.cremer@hnee.de



FRIEDERIKE MAJOR
studierte Landschaftsnutzung und Naturschutz (B. Sc.) an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung

Eberswalde und unterstützte das Projekt als studentische Hilfskraft.

friederike.major@hnee.de



YAW BOAKYE AGYEMAN
ist spezialisiert auf Ökotourismus, Schutzgebietsmanagement sowie Anfälligkeit und

Anpassung an den Klimawandel. Er ist Dozent an der University of Energy and Natural Resources in Sunyani, Ghana.

yaw.agyeman@uenr.edu.gh



FRANZISKA ROTTIG
ist spezialisiert auf nachhaltige Tourismusentwicklung mit Schwerpunkt Globaler Süden und koordiniert das

BL3B-Projekt an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde.

franziska.rottig@hnee.de



Marina Silva bei ihrer Amtseinführung im Januar.

ÖKOSYSTEME

Hoffnung für Brasiliens Wälder

Marina Silva, die brasilianische Ministerin für Umwelt und Klimawandel, verspricht, der Waldrodung im Amazonas ein Ende zu machen. Sechs Monate nach ihrem Amtsantritt sind Fortschritte erkennbar, die Herausforderung bleibt jedoch gewaltig.

Von **Thuany Rodrigues**

Die neue Regierung von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva hat mit der Aufhebung verschiedener Umweltgesetze der Vorgängerregierung unter Jair Bolsonaro begonnen.

Die zuständige Ministerin Marina Silva kündigte bereits Strafmaßnahmen für illegale Rodung sowie neue Formen der Kontrolle an. Über Satellitenbilder sollen zum Beispiel Landwirte identifiziert werden, die illegal abholzen. Anschließend soll ihnen automatisch der Zugang zu Bankkrediten verwehrt werden.

Silva sagt, dass die Kontrolle der Abholzung auch ein „Racheakt“ an Bolsonaros Regierung sei. Bei ihrer Amtseinführungsrede im Januar berichtete sie, dass es in den

letzten Jahren unkontrollierte Abholzung gegeben habe und indigene Gebiete dem organisierten Verbrechen ausgesetzt waren. Noch im Februar wurde im brasilianischen Amazonasgebiet (BLA) mehr Wald gerodet als in jedem anderen Februar seit Beginn der Aufzeichnungen – die Wiederherstellung der Ordnung braucht offensichtlich mehr Zeit als ihre Zerstörung.

Ihre Pläne adressieren auch den Klimanotstand. Silva nennt ihn „die größte globale Herausforderung, mit der die Menschheit derzeit konfrontiert ist“. Werde er nicht angegangen, ergeben sich „inakzeptable“ Kosten: ein starker Rückgang des BIP, Verluste in der nationalen Produktionsrate – und schließlich Tod und Leid durch andauernde Umweltkatastrophen.

Im Kontext des Weltumwelttages am 5. Juni hat die Regierung eine Reihe von Maßnahmen angekündigt, die Hinweise auf das weitere Vorgehen geben. So wollen die Ministerien für indigene Völker und für Justiz und öffentliche Sicherheit zusammenarbeiten, um indigene Gebiete

zu definieren. Letzteres hat auch eine Ausschreibung im Wert von 3 Millionen Reals (ca. 600 000 Euro) für Maßnahmen zur Bekämpfung der sozialen Diskriminierung indigener Völker in die Wege geleitet.

Im gleichen Rahmen stellte Silvas Ministerium für Umwelt und Klimawandel neue Ziele für die fünfte Phase seines Aktionsplans zur Verhinderung und Kontrolle der Entwaldung im legalen Amazonasgebiet (PPCDAm) vor. Der Plan, der 2004 unter Silvas Leitung und unter Mitwirkung von 12 anderen Ministerien und mehreren Bundesbehörden entwickelt wurde, soll die Entwaldung in der Region bis 2030 beenden. Er hatte zwischen 2004 und 2012 bereits maßgeblich zu einem Rückgang der Abholzung in der Region um 83 Prozent beigetragen, wurde aber während der Regierung Bolsonaro fallen gelassen.

Der Kernplan des PPCDAm umfasst 12 strategische Ziele, darunter:

- Rechenschaftspflicht für Umweltverbrechen und Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit Entwaldung und Waldschädigung,
- verbesserte Möglichkeiten zur Überwachung von Abholzung, Bränden und dem Abbau von Produktionsketten,
- Fortschritte bei der Umweltregulierung durch Verbesserungen des nationalen Umweltregisters für den ländlichen Raum,

- Sicherung der Zuweisung und des Schutzes von ungenutztem öffentlichem Land,
- Schaffung, Verbesserung und Umsetzung von normativen und wirtschaftlichen Kontrollinstrumenten.

SATELLITENTECHNIK ZUR ÜBERWACHUNG

Der überarbeitete Plan enthält nun mehr als 130 Ziele, die bis 2027 erreicht werden sollen. Dazu gehört die Inspektion von 30 Prozent des illegal abgeholzten Gebiets, das durch das Prodes-System des Nationalen Instituts für Weltraumforschung (INPE), die offizielle Satellitentechnik zur Überwachung der Abholzung, identifiziert wurde. Derzeit werden nur etwa sechs Prozent der abgeholzten Fläche kontrolliert.

Die Hälfte dieser illegal abgeholzten Flächen in föderalen Schutzeinheiten sollen sofort gesperrt werden. Auch die Anzahl von Umweltverstoßanzeigen in erster Instanz soll noch in diesem Jahr um zehn Prozent gesteigert werden. Für das nächste Jahr ist vorgesehen, Rückverfolgbarkeitsysteme für landwirtschaftliche und mineralische Produkte aus dem Amazonasgebiet zu entwickeln, um illegale Gewinnung einzudämmen. Bis 2027 will die Regierung alle illegalen Einträge im Umweltkataster des ländlichen Raums löschen, die sich mit geschützten staatlichen Flächen überschneiden.

„Der Politikwissenschaftler sagt: ‚Bolsonaros Erbe ist immer noch lebendig und tief verankert, sowohl sozial als auch institutionell.‘ Die Umweltagenda stehe im Mittelpunkt eines offenen Konflikts zwischen widerstreitenden Interessen.“

Die Maßnahmen stehen im Einklang mit Forderungen der Europäischen Union, mit der Brasilien derzeit die endgültigen Details für den Abschluss eines Wirtschaftsabkommens verhandelt. Die EU übt Druck auf Brasilien aus, intensiver gegen Abholzung vorzugehen.

Eine große Herausforderung ist, Unternehmenspläne und Infrastrukturprojekte mit den Zielen zur Reduzierung der Ab-

holzung in Einklang zu bringen. Sie sollen ebenfalls bis 2027 verstärkt darauf ausgerichtet werden, Abholzung und Treibhausgasemissionen durch die Veränderung der Landnutzung in ihren Einflussbereichen zu verringern. Hier ist ein Programm vorgesehen, das auf vier Hauptbereiche abzielt: Monitoring, Umwelt- und Gebietskontrolle sowie die Förderung nachhaltiger Produktion und die Schaffung normativer und wirtschaftlicher Instrumente zur Verringerung der Entwaldung und Umsetzung der Maßnahmen.

Im Rahmen des Gesetzespakets billigte Präsident Lula auch einen Entwurf, der die Fristen für die Aufnahme von ländlichem Eigentum in das Umweltregulierungsprogramm verlängert und legte sein Veto gegen Maßnahmen ein, die den Atlantischen Regenwald an Brasiliens Ostküste schwächen.

Lula und Ministerin Silva signalisierten zudem die Rückkehr der sogenannten Bolsa Verde, einer Entschädigung, die die Regierung an Familien zahlt, die in traditionellen Gemeinden leben, sich in einer sozial schwachen Situation befinden und sich gleichzeitig für den Erhalt der Natur einsetzen. Im Gespräch mit Journalisten erklärte die Ministerin, dass sich rund 80 Prozent der geschützten Wälder Brasiliens in den Territorien indigener Gemeinden befinden.

Neben diesen Maßnahmen stehen Initiativen wie die Schaffung des 61 000 Hektar großen Nationalparks Serra do Teixeira in Paraíba, die Erweiterung des Naturschutzgebiets Chocoaré-Mato Grosso im Mittleren Westen Brasiliens um 1800 Hektar und die Überarbeitung des technischen Ausschusses zur Förderung des Übergangs des Produktionssektors zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft.

Über die sozialen Netzwerke zitierte Ministerin Silva eine Studie des Instituto Escolhas, aus der hervorgeht, dass durch die Ausweitung der Forstkonzessionen und das Ziel, bis 2030 12 Millionen Hektar Wald wiederherzustellen, 215 000 Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Ivan Henrique de Mattos e Silva, Professor für Politikwissenschaft an der Bundesuniversität von Amapá sieht in den neuen Maßnahmen eine dringend benötigte Beschleunigung des brasilianischen Umweltschutzes, dessen Mechanismen während der Regierung Bolsonaro wirkungslos



waren. Auch die Situation der indigenen Bevölkerungsgruppen habe sich verbessert.

Dennoch glaubt de Mattos e Silva, dass Brasilien noch einen langen Weg vor sich hat, um wieder zu einer weltweiten Referenz im Kampf gegen Klimakrise und Entwaldung zu werden. Das sei auf zwei Faktoren zurückzuführen: die Schwierigkeit, den Haushalt der Kontroll- und Überwachungsorgane so schnell zu sanieren, wie es die Konjunktur erfordert – eine Schwierigkeit, die sich mit der Verabschiedung des neuen Steuerrahmens noch verschärfen könne – und die ideologische Verwurzelung des Bolsonarismus.

Der Politikwissenschaftler sagt: „Bolsonaros Erbe ist immer noch lebendig und tief verankert, sowohl sozial als auch institutionell.“ Die Umweltagenda stehe im Mittelpunkt eines offenen Konflikts zwischen widerstreitenden Interessen in Brasilien, und die Herausforderungen für die neue Regierung seien enorm. „Es bleibt abzuwarten, ob Präsident Lula und Ministerin Silva in der Lage sein werden, diese zu bewältigen“, resümiert de Mattos e Silva.

Der Anfang ist jedenfalls gemacht: Nach Angaben von Ministerin Silva ist die Abholzung im Amazonasgebiet von Januar bis Mai um 31 Prozent zurückgegangen. Darüber hinaus habe die strukturierte Wiederaufnahme von Inspektionen zu einem Anstieg von 179 Prozent bei Verstoßmeldungen geführt, zu 107 Prozent mehr Beschlagnahmungen und 203 Prozent mehr Zerstörung von Ausrüstungen, die bei Umweltverbrechen eingesetzt werden.



THUANAY RODRIGUES
ist eine brasilianische
Journalistin.

thuaneyrodrigues@gmail.com

LEBEN MIT DER NATUR

Bedrohte Schutzgebiete

Bolivien verfügt über eine außergewöhnlich große Biodiversität. Gut ein Viertel der Landesfläche ist ihrem Schutz gewidmet. Doch zahlreiche menschliche Aktivitäten bedrohen diese Vielfalt.

Von Zulma Martínez Vargas und Katja Dombrowski

Bolivien gehört zu den 15 biologisch vielfältigsten Ländern der Erde. Das Land ist Heimat einer Vielzahl an Arten von Vögeln, Säugetieren, Schmetterlingen, Amphibien und Süßwasserfischen. Das Gleiche gilt für Knollen, Getreide, Gemüse, Obstbäume und weitere Pflanzen. Nach Angaben des bolivianischen Umweltministeriums beherbergt das südamerikanische Land rund 40 Prozent der Biodiversität der Welt, zu der neben der Artenvielfalt auch die genetische Vielfalt und die Vielfalt der Ökosysteme gehören. Diese reichen in Bolivien vom Hochland der Anden bis zum tropischen Regenwald im Amazonasgebiet und schließen Wüsten, Steppen und verschiedene Waldarten ein.

Um diesen Reichtum zu bewahren, hat Bolivien seit dem vorigen Jahrhundert insgesamt 137 Schutzgebiete eingerichtet, darunter 22 auf nationaler Ebene. Zusammen machen sie etwas mehr als ein Viertel der Landesfläche aus. Erklärtes Ziel ist es, Abholzung und Ausbeutung von natürlichen Ressourcen in diesen Gebieten zu stoppen.

Die Gebiete haben einen unterschiedlichen Schutzstatus. So ist beispielsweise in den Nationalparks jegliche Ressourcennutzung oder Infrastrukturmaßnahme verboten, einzelne Aktivitäten wie wissenschaftliche Forschung, Ökotourismus und Umweltbildung sind hingegen erlaubt. Auch dürfen die dort seit jeher ansässigen indigenen Gruppen ihrer Subsistenzwirtschaft nachgehen, wenn sie dafür eine Genehmigung haben. In anderen Schutzgebieten wie den ANMI (Área Natural de Manejo Integrado – Naturgebiet mit integrierter Bewirtschaftung) hingegen ist auch eine integrierte Bewirtschaftung erlaubt, die über reine Selbstversorgung hinausgeht.



Brillenbär in der Nähe einer Siedlung.

Insgesamt leben schätzungsweise rund 150 000 Menschen legal in den bolivianischen Schutzgebieten. Die meisten von ihnen sind Indigene, die die natürlichen Ressourcen auf traditionelle, nachhaltige Weise nutzen. Sie leben im Einklang mit der Natur und stellen keine Bedrohung für die Biodiversität dar.

Diese kommt von anderer Seite. Zu den zahlreichen, gut belegten Gefahren für die natürlichen Ressourcen und die Artenvielfalt in den Schutzgebieten Boliviens gehören Wilderei, illegaler Handel mit Pflanzen und Tieren, Drogenhandel, Landnahme und Abholzung. Hinzu kommt die Förderung von Bodenschätzen wie Erdöl, Erdgas oder Gold.

Darin zeigt sich ein Widerspruch in der bolivianischen Politik, die zum einen den Schutz der Erde als bedeutsam definiert und zahlreiche Gesetze zu diesem Ziel formuliert hat, zum anderen aber viele Schlupflöcher beispielsweise für Abholzung

und Brandrodung eröffnet und die Ausweitung der landwirtschaftlichen Flächen – direkt oder indirekt – befördert. 2015 hat die damalige Regierung unter Präsident Evo Morales sogar ein Dekret erlassen, das den Abbau fossiler Rohstoffe in Schutzgebieten erlaubt. Es geht vor allem um die Förderung von Erdöl und Erdgas. Das Dekret ist nach wie vor in Kraft.

TRADITIONELLE PRAXIS BRANDRODUNG

Von den 22 nationalen Schutzgebieten befinden sich sieben im Süden Boliviens. Sie sind auf nationaler wie internationaler Ebene wesentlich weniger bekannt als die Schutzgebiete in der Amazonasregion im Norden und Osten des Landes und erhalten nur wenige staatliche Mittel für ihre Verwaltung. Auch die Bedürfnisse der Anwohner*innen in den Zonen, in denen menschliche Eingriffe erlaubt sind, finden kaum Beachtung. „Wir leben in der Vergessenheit der Behörden, ohne Entwicklungsmöglichkeiten, ohne unsere Produkte verkaufen zu können“, sagt Mauro Castillo aus dem Dorf Potrerros, das zur ANMI Serranía del Iñaño gehört. „Sie sagen uns nur, dass wir den Wald nicht abholzen dürfen.“ Das 2631 Quadratkilometer große Schutzgebiet, zu dem auch ein großer Nationalpark gehört, liegt in den Anden auf bis zu 2800 Meter Höhe im Departamento Chuquisaca.

Juana Carballo, aus dem gleichen Dorf, fügt hinzu: „Auch wenn es abgelegen ist, ist es schön, hier zu leben. Es gibt eine große Vielfalt an Bäumen und Tieren, und man kann alles anbauen. Allerdings sind unsere Felder steil und wir können sie nur drei oder vier Jahre lang bewirtschaften. Danach verlieren sie ihre Leistungsfähigkeit, und wir müssen neue Flächen brandrodern.“ Diese traditionelle Praxis ist eine der Hauptursachen für den Verlust der Umweltfunktionen der Schutzgebiete. Immer mehr Familien ziehen hierher und bestellen Felder an den Hängen der Berge. Sobald diese ihre Fruchtbarkeit aufgrund von Bewirtschaftung und Erosion verlieren, schaffen sie neue Flächen.

Ein weiterer Faktor ist die Freiland- und Weidehaltung von Vieh. Die Nutztiere beeinträchtigen die natürliche Regeneration des Graslands und dringen in Gebiete vor, in denen Wildtiere leben. Deren Lebensraum schwindet, so dass sie ihrerseits die Nutztiere angreifen. Das führt zu Konflikten zwi-

schen Rangern, deren Aufgabe der Schutz der Wildtiere ist, und Anwohner*innen, die ihre Nutztiere bedroht sehen.

Tomás Calahumana, Chef der Ranger der ANMI El Palmar in Presto, die ebenfalls in Chuquisaca liegt, sagt: „Die Ausweitung der landwirtschaftlichen Flächen führt dazu, dass Tiere wie der Brillenbär isoliert werden und keine Nahrung mehr finden.“ Kürzlich tauchte ein Brillenbär in der Nähe einer menschlichen Siedlung auf. Die Art ist endemisch in den tropischen Anden und wird auf der Roten Liste der Weltnaturschutzunion (International Union for Conservation of Nature and Natural Resources – IUCN) als gefährdet geführt.

„Es ist nicht zu leugnen, dass es in dieser Gegend Handel und Abholzung gibt, die zum Schwinden der Biodiversität führen“, sagt Umweltschutzaktivist Alexis Montellano. „Zum Beispiel stellen wir in diesem Jahr

in El Palmar eine Abnahme der Fläche fest, auf der eine Palmenart wächst, die es nur in dieser Gegend gibt. Und im Nationalpark Ñao gibt es ständig Brandrodungen, die zu Waldbränden werden.“ Montellano beklagt zudem das Fehlen jährlicher Monitoringberichte. „Die Strategien zum Schutz der hierigen Biodiversität müssen überdacht werden“, fordert er. Auch die Zivilgesellschaft ist hier gefordert (siehe Box).

Die Problematik ist nicht auf Bolivien beschränkt. „Auf der ganzen Welt hat die Ausweitung der landwirtschaftlichen Flächen zum Verlust von Biodiversität geführt“, sagt Montellano, „bis hin zu dem Punkt, an dem heimische Arten und Wildtiere ganz verschwinden.“ Er weist darauf hin, dass heutzutage die Mehrheit aller Lebewesen Nutzpflanzen und -tiere seien. „Wildpflanzen und -tiere sind weltweit bedroht.“ Expert*innen gehen davon aus, dass

zahlreiche Arten, die aussterben, noch gar nicht entdeckt wurden – auch in Bolivien, wo viele Gebiete unerforscht sind.



ZULMA MARTÍNEZ VARGAS
von der **Fundación Acción Cultural Loyola** koordiniert das vom **Weltfriedensdienst (WFD)** im Rahmen des

Programms Ziviler Friedensdienst unterstütztes Projekt „Friedenskultur und Dialog für das gute Leben im Süden Boliviens“.

marroner21@gmail.com



KATJA DOMBROWSKI
ist ehemalige Redakteurin von **E+Z/D+C** und derzeit als **Medienfachkraft des Weltfriedensdienstes (WFD)**

im **Süden Boliviens** tätig.

dombrowski@wfd.de

Dialog für die Vielfalt

In Boliviens Schutzgebieten ist die Abholzungsrate deutlich niedriger als außerhalb. Zwei Gründe sind hierfür ausschlaggebend: zum einen die Kontrolle durch die Ranger der für die Schutzgebiete zuständigen Behörde SERNAP (Servicio Nacional de Áreas Protegidas); zum anderen geht man davon aus, dass die indigenen Gemeinschaften, die in den Schutzgebieten leben, für den Schutz der Biodiversität und des gesamten Naturraums sorgen.

Auch Arbeit und Einsatz der Zivilgesellschaft spielen eine wichtige Rolle. Die Fundación Acción Cultural Loyola (ACLO) ist eine der Nichtregierungsorganisationen, die umweltfreundliche Aktivitäten in den Schutzgebieten des Departamento Chuquisaca fördern. Die Partnerorganisation des deutschen Weltfriedensdienstes (WFD) hat ihren Hauptsitz in Sucre, der Hauptstadt des

Departamento und des ganzen Landes.

Unterstützt werden unter anderem biologische Landwirtschaft, Imkerei, Fischzucht und Gartenbau. Zudem sorgt ACLO für Information und Bewusstseinsbildung zu Umweltthemen und für die Bearbeitung

von Interessenskonflikten. Ziel ist es, die natürlichen Ressourcen nachhaltig zu nutzen und zu bewahren.

In diesem Zusammenhang hat das Projekt „Friedenskultur und Dialog für das gute Leben im Süden Boliviens“, das vom WFD im Rahmen des Programms Ziviler Friedensdienst (ZFD) unterstützt wird, unter anderem einen Multiakteursdialog angestoßen. Das

erste Treffen fand im Oktober 2022, das zweite im Mai 2023 statt. Damit werden erstmals alle Beteiligten, die mit der Verwaltung und Bewirtschaftung der Schutzgebiete zu tun haben, aus den verschiedensten Bereichen an einen Tisch geholt. Das nächste Treffen ist für März 2024 geplant.

Am Ende soll daraus eine gemeinsame Agenda zum Umgang mit den Schutzgebieten entstehen. Außerdem sollen sowohl die Bevölkerung als auch die Entscheidungsträger zum Biodiversitätsschutz in diesen Gebieten animiert werden, denn die Artenvielfalt Boliviens steht vielen Bedrohungen gegenüber (siehe Haupttext).

Das Vorhaben ist ein Baustein innerhalb der vom ZFD geförderten konstruktiven Konflikttransformation in Bolivien, in deren Rahmen Prozesse für Frieden und Gerechtigkeit in Gang gesetzt werden. In Bezug auf die Schutzgebiete geht es darum, dass alle Beteiligten sich aktiv für den Erhalt der Biodiversität einsetzen. ZMV, KD



Blick auf das Schutzgebiet Serranía del Ñao in den Anden.



www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation



D+C Development and Cooperation

Sustainable development requires global awareness and local action.

Media Production · Frankfurt am Main · 763 followers · 7 employees

+ Follow

Visit website

More

Home About Posts Jobs People

Page posts

D+C D+C Development and Cooperation
763 followers
3w · 🌐

Women are still structurally disadvantaged. Society as a whole must work on dismantling str ...see more

DIGITALISATION Online fraud is causing serious harm to African economies	AGRICULTURE Global coffee cultivation depends on biodiversity and climate action	PERU Change at the head of state further aggravates political climate
--	--	---



D+C Digital Monthly on Feminist development policy
34 pages

👍 19 · 3 reposts

Like Comment Repost Send

**Folgen Sie
uns auf
LinkedIn!**

Liebe Leserinnen und Leser,

wir laden Sie herzlich ein, uns auf LinkedIn zu folgen, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Sie finden uns unter **www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation**

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website **www.dandc.eu** hin.